

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
Einschließlich 5 Heller Port.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Pr. Adress u. Verteilung: Drag II, Petřínstraße 15 • Zentr. u. 26705, 31469, Nachdruck: (ab 21. 11. 33) 33535 • Dohlsdorf: 37544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 15. Februar 1933

Nr. 39.

## Organisationspakt der Kleinen Entente in Genf ausgearbeitet.

Genf, 14. Febr. Heute um 21 Uhr abends wurde im Hotel „De Bergues“ die folgende offizielle Nachricht über die Konferenz des Rates der Kleinen Entente ausgegeben: Die drei Außenminister der Staaten der Kleinen Entente hielten heute von 16 bis 20 Uhr 30 eine Beratung ab. Im Sinne der im Dezember 1932 in Belgien angenommenen Entschliessung wurde der Organisationspakt der Kleinen Entente ausgearbeitet, der es den drei Staaten gestattet, als einheitlicher internationaler Organismus zu handeln. Der politische Teil des neuen Paktes wurde abgeschlossen. Die Außenminister der Staaten der Kleinen Entente werden in den Beratungen heute abends fortfahren und noch morgen vormittags die Aussprache über die wirtschaftlichen Fragen des neuen Paktes fortsetzen.

## Bankrotterklärung der österreichischen Bundesbahnen.

Wien, 14. Febr. (Eigenbericht.) Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen hat heute abends erklärt, daß sie am 1. des kommenden Monats nicht mehr in der Lage sei, alle Gehälter auszuführen. Sie werde den Pensionisten ihre Pension überhaupt nicht mehr auszahlen können. Diese Ankündigung bedeutet, da die Bundesbahnen ein halbstaatliches Unternehmen sind, für das der Staat die Haftung trägt, nicht weniger als eine verheerende Zahlungseinstellung des Bundes. Die Erregung in Oesterreich über diese Bankrotterklärung ist außerordentlich groß. Die Regierung soll sich durch den Bankrott in die kritischste Situation seit ihrem Bestehen geraten. Man kann damit rechnen, daß ihr Rücktritt nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

## Fünfmilliarden-Spanne besichtigt.

Der französische Finanzvergleich. Paris, 14. Febr. Die Finanzvorlagen, welche von der Kammer angenommen wurden, gelangen heute nachmittags vor den Senat, dessen Finanzanschluß sie sofort durchberaten wird. Der Senat wird dann wahrscheinlich am Freitag zu einer Plenarsitzung zusammenkommen. Nach der Kommission hat der Generalberichterstatter des Finanzausschusses folgende Uebersicht über die Finanzlage gegeben: Die veranschlagten Einnahmen sollen 901 Millionen Franken, die veranschlagten Ausgaben 1025 Millionen betragen. Der Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen beträgt also über 5 Milliarden Franken. Wenn man die im Juli veranschlagten Einnahmen der Steuern und anderen Einnahmen hinzurechnet, erreichen sich innerhalb acht Monaten 15 Milliarden Franken für den Ausgleich des Budgets.

## Gegen die Sicherheitsthese

Genf, 14. Febr. In der heutigen Sitzung der politischen Kommission der Abrüstungskonferenz gab der italienische Vertreter Soragni eine Erklärung ab, in der er sehr scharf von den gestrigen Erklärungen Paul Boncourts über den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung abrückte und den italienischen Standpunkt noch einmal präziserte. Auch der deutsche Vertreter Botschatter Dabob, nahm in der Diskussion nochmals Gelegenheit, den grundsätzlichen Standpunkt Deutschlands darzulegen.

## Dressschabelung.

Berlin, 14. Febr. (Eigenbericht.) In Mecklenburg wurde die gesamte sozialdemokratische Presse des Landes am acht Tage verboten. Die badische Regierung hat die sozialdemokratische Volkswelt in Heidelberg ebenfalls auf fünf Tage verboten.

## Fascistischer Gewaltakt gegen Löbe.

### Sitzung des Ueberwachungsausschusses neuerlich gesprengt. Schimpfereien und Schläge gegen Nichinazis.

Berlin, 14. Febr. Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löbe am Dienstag mittags wieder zusammen. Als Löbe die Sitzung für eröffnet erklärte, setzte bei den Nationalsozialisten tosende Lärm ein, der minutenlang andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuss abzugeben.

Abgeordneter Dr. Frank II (Nationalsozialist) erhob sich darauf von seinem Platz, um eine Erklärung abzugeben: „Ich stelle fest“, so führte er aus, „daß der Vorsitzende nicht imstande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses und damit die Vertreterin des deutschen Volkes, es nicht dulden wird, daß ein Marxist und Verleumder weiter die Ausschussverhandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Ausschussvorsitz zu führen, übernehme ich als stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen.“ Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Löbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten verließen darauf den Saal.

Dr. Frank eröffnete darauf nochmals die Sitzung, und zwar mit einem Ausruf für die Opfer der Katastrophe von Reunirthen. Dann erklärte er die Sitzung des Ausschusses zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden, als sie den Saal verließen, von den Nationalsozialisten beschimpft.

Der Abgeordnete Morath (Deutsche Volkspartei), der, als er der Ausgangstür, eine Zigarette rauchend, sich näherte, wurde von einem nationalsozialistischen Abgeordneten tödlich angegriffen. Er erhielt einen Faustschlag in den Rücken. Als er sich das energisch verbat, wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Saal gedrängt. Unter allgemeiner Unruhe gingen die Ausschussmitglieder auseinander.

Im Anschluß an die Sitzung des Ueberwachungsausschusses hielten die Vertreter der Sozialdemokraten mit den Vertretern der Mittelparteien eine Sonderbesprechung ab, um zu den Vorgängen im Ausschuss Stellung zu nehmen und über das weitere Vorgehen zu beschließen. Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey hat nach Bekanntwerden der Vorgänge im Ueberwachungsausschuß des Reichstages sofort beim Reichstagspräsidenten Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, dem Reichsinnenminister Dr. Reich, telegraphisch scharfen Einspruch erhoben und volle Genugtuung verlangt.

## Eine Kundgebung der Sozialdemokraten.

Berlin, 14. Febr. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses des Reichstages veröffentlichten folgende Erklärung: Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses haben bereits am 7. Febr. l. J. eine Sitzung des Ueberwachungsausschusses

## Das braune Mordgesindel.

Berlin, 14. Febr. (Eigenbericht.) In Frankfurt an der Oder wurde ein Demonstrationstag der Eisernen Front von Halentanzern beschossen. Zwei Arbeitersportler stürzten getroffen zusammen. Einem 63jährigen Arbeiter-samariter wurde von Halentanzern der Schädel gespalten. Später zerstückelten die Nazis die sozialdemokratische Buchhandlung der Stadt. Ein Maschinenseher und ein Angestellter des Parteiblattes wurden beim Verlassen der Druckerei mit Eisenstangen niedergeschlagen und blieben, zu Tode verletzt, liegen.

In Halle wurde die Küche der Arbeiterhülle von Nazis demoliert. Die Lebensmittel wurden gestohlen.

durch gewalttätige Störungen verhindert. Der Vorsitzende des Ausschusses hat daraufhin den Reichstagspräsidenten ersucht, auf Grund seiner präsidialen Befugnisse die weitere Tätigkeit des Ausschusses zu ermöglichen. Trotzdem haben heute die NSDAP-Mitglieder des Ueberwachungsausschusses die ordnungsgemäß einberufene Sitzung abermals unter Anwendung von körperlicher Gewalt gegen den Vorsitzenden des Ausschusses und tätlichen Angriffen gegen den Abgeordneten Morath von der Deutschen Volkspartei gesprengt. Diese Handlungsweise stellt das Verbrechen nach §§ 103, 106 des Reichsstrafgesetzbuches dar. Wir stellen fest, daß der Reichstagspräsident, obwohl er von den Drohungen der nationalsozialistischen Ausschussmitglieder, alle künftigen Sitzungen des Ausschusses gewalttätig zu verhindern, in Kenntnis gesetzt war, nichts zum Schutze des Ausschusses getan hat.

Am Schluß der Erklärung wird festgestellt, daß durch diese Vorgänge das verfassungsmäßige Recht des Ausschusses, die Rechte der Volksvertretung zu wahren, nicht mehr gewährleistet sei, und der Vorwurf des Verfassungsbruches erhoben.

## Auch das Zentrum wehrt sich.

In Zentrumskreisen wird zu den Vorgängen im Ausschuss erklärt, daß durch die erneute Sprengung des Ausschusses die Untersuchung des Ostbissekandals unmöglich gemacht sei. Es scheint, als ob die Nationalsozialisten eine weitere Behandlung der Ostbissefrage nicht wünschten. Das Zentrum hatte im einzelnen Anträge zu dem Reunirtherer Unglück, ferner auf Aufhebung der Notverordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen über die Sicherung der Wahlfreiheit und endlich einen Antrag eingebracht, den Mißbrauch des Rundfunks für einseitig parteipolitische Zwecke sofort abzustellen.

Den Protesten haben sich auch die bayerische Volkspartei und die Kommunisten angeschlossen.

## Zur Gewalt noch frecher Mohn!

Der Rädelsführer Dr. Frank II botte noch die Freiheit, dem Reichstagspräsidenten Göring einen Brief zu schreiben, in dem er die Sache so darstellt, daß von einer Gewaltanwendung gegen Löbe nicht die Rede sein könne; Löbe sei ohne weiteres zurückgetreten. Er, Frank II, habe vorher erklärt, daß angesichts dieser Stellungnahme der größten Partei, die nicht gewohnt sei, an ihren Erklärungen rütteln zu lassen, Löbe tatsächlich verhindert sei, den Vorsitz zu führen, und somit er als Stellvertreter den Vorsitz zu übernehmen habe.

Der Ueberfall auf den Volksparteiler Morath soll sich nach Frank II darauf beschränkt haben, daß einem Ausschussmitglied, das während der Trauerrede Franks für die Opfer von Reunirthen die Zigarette im Munde gehalten habe, diese „aus dem Munde genommen“ worden sei.

Herr Frank brachte dann noch den Mut auf, die Darstellung der Sitzungsvorgänge von marxistischer Seite als „gänzlich verlogen, so verleumderisch“ hinzustellen und Göring noch um Schutz (!) der Nationalsozialisten gegenüber diesen verleumderischen Entstellungen zu bitten.

## Keine örtlich begrenzte Einheitsfront!

Antwort der Berliner Gewerkschaften an die Kommunisten.

Berlin, 14. Febr. Zu dem Angebot des Berliner Bezirksausschusses der kommunistischen revolutionären Gewerkschaftsopposition an den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Einheitsfront zu schaffen, berichtet der „Vorwärts“, daß der Ortsausschuß des ADGB, in seinem Antwortschreiben örtliche Verhandlungen als wertlos ablehnt, da nur zentrale Verhandlungen zu einem Ziele führen könnten, und darum bittet, daß sich die zentrale Körperschaft der ADGB, mit der Zentrale des ADGB, in Verbindung setzen müßte.

## Deutschland unter Hitler

### II. Die Abwehrfront

Von unserem nach Berlin entsandten Sonderberichterstatter

Daß 14 Jahre nach der Niederlage der deutschen Armeen in Frankreich, nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des hohenzollernschen Kaiserturns in Deutschland, der Siegeszug der feudal-fascistischen Reaktion einsehen konnte, daß es in dem halben Jahr nach dem 20. Juli 1932 nicht gelungen ist, einen ersten Schlag gegen das Regime der Junker und ihrer Soldner zu führen, sondern daß dieses Regime sich festigen konnte, daß wir heute vor einer Entwicklung stehen, die über schwere Kämpfe innerhalb des reaktionären Lagers (siehe unseren Artikel vom 14. ds.) mit größter Wahrscheinlichkeit doch der Wiederherstellung der Monarchie zustrebt — all das ist undenkbar ohne die eine und wesentliche Voraussetzung dieser Tragödie Deutschlands, die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse. Diese Erkenntnis scheint nun, in größter Stunde, die Masse zu ergreifen, sie scheint aber selbst in den Köpfen der kommunistischen Führer Wandel zu schaffen. Noch wagt man sich nicht von den demagogischen Vorstellungen einer Einheitsfront loszureißen, mit denen man jahrelang Schindluder getrieben hat, aber mehr und mehr gibt man zu, daß auch andere Lösungen möglich wären.

Als spontane Willenshandlung der Arbeiter entsteht die Einheitsfront natürlich überall dort, wo die gemeinsame Gefahr anschaulich vor die Augen der Proletarier tritt. Wird ein Arbeiter von Nazibanden überfallen, dann fragen die andern nicht, welcher Partei er angehört, dann stehen auf einmal Kommunisten und Sozialdemokraten, Reichsbannerleute und Rotfrontkämpfer zusammen. Der kommunistische Arbeiter, der dieser Tage in Berlin als Opfer der fascistischen Soldner fiel, wurde vom Tod ereilt, als er überfluteten Sozialdemokraten zu Hilfe eilte. Auf seinem Grabe lag auch ein Kranz, den die „Vorwärts“-Besatzung gewidmet hatte. Wenn sozialdemokratische Arbeiter gegen den Faschismus demonstrieren, dann ordnen sich KPD-Arbeiter den Jüden ein. Jenseits der Parteidisziplin steht sich mit elementarem Wut wieder das Solidaritätsgefühl der Klasse durch.

Es wäre aber gefährlich, wollte man diese ersten Anzeichen eines Stimmungswandels in ihrer Tragweite und Tragfähigkeit überschätzen. Vergessen wird nicht, daß eine große Aktion, die den Faschismus zu Fall bringen könnte, nicht aus einer Summe spontaner, unorganisierter Revolten bestehen dürfte, daß sie einer einheitlichen, sogar einer straffzentralisierten Leitung bedürfte. Den Apparat zu solcher Aktion kann nur die SPD und können nur die Gewerkschaften beistellen, denn die KPD (wie die KPO ja auch) ist eine Partei von Wählern, nicht von organisierten Massen. Sie verfügt zwar über eine Zentrale, die keinen Widerspruch duldet, aber nicht über einen Vertrauensmännerapparat, der Postives leisten könnte. Eine Aktion würde notwendig die Einordnung der Kommunisten in einen Apparat verlangen, dem sie ihrer ganzen Erziehung und Ideologie nach das größte Mißtrauen entgegenbringen. Zu lange und zu konsequent hat die kommunistische Presse die Sozialdemokratie als „sozialfascistisch“ bekämpft; kann sie über Nacht ummaden, was sie in zwölf Jahren geübt hat, selbst wenn sie nun ehrliche Politik treiben wollte? Können andererseits Sozialdemokratie und Gewerkschaften ihren Apparat der kommunistischen Führerzentrale zur Verfügung stellen deren Niederlagenstrategie sie nicht gerade geeigneter erscheinen läßt, die Führung im Endkampf zu übernehmen? Die sozialdemokratischen Arbeiter würden sich mit Recht dagegen wehren, in der entscheidenden Stunde unter

Führern kämpfen zu sollen, die von Moskau eingeseht sind, nicht weil sie fähig, erfahren und erprobt sind, sondern weil sie ein weiches Rückgrat vor Moskau und eine eiserne Stirn gegenüber den eigenen Parteigenossen hatten. So leicht es ist, in einer Straßenschlacht spontan die Einheitsfront zwischen SPD und KPD gegen den Ueberfall der Braunhemden herzustellen, so schwer wird es sein, im Reichsmag eine gewaltige Aktion beider Parteien zustandzubringen, ohne sie durch Reibungen zwischen den beiden Gruppen, durch das latent vorhandene tiefgehende Mißtrauen der einen gegen die andern zu gefährden. Es wäre daher auf jeden Fall die bessere Chance für die deutsche Arbeiterklasse, wenn die Einheit der Arbeiter nicht als das Ergebnis einer plötzlichen, unter dem Eindruck eines neuen faschistischen Vorstoßes zustandekommenden Aktion, sondern wenn sie als Produkt erster Verhandlungen zustandekäme und ihre Feuerprobe erst nach einer gewissen Probezeit zu bestehen hätte.

Falsch wäre es auch, die technischen Möglichkeiten einer Aktion zu überschätzen. Die Zahl der Arbeitslosen ist heute in Deutschland größer als die Zahl der organisierten Arbeiter (die Zentrumsorganisationen eingerechnet). Die Beamten und Angestellten sind zum großen Teil durch den faschistischen Druck, der sich auf sie nicht so sehr kollektiv wie bei den Arbeitern, sondern als individueller Druck auf jeden Einzelnen auswirkt, eingeschüchtern und darum nicht durchaus verlässlich. Das gilt in besonderer Maße von den Leuten in der Schupo, die mit der Arbeiterschaft sympathisieren, aber im Ernstfall wahrscheinlich ihren Vorgesetzten gehorchen würden. Und daß ein Generalstreik der „Ernstfall“ die blutige Tragödie, der Bürgerkrieg wäre, das bezweifelt heute wohl niemand mehr. Die jetzige Regierung würde nicht zögern, alle Mittel zur Niederwerfung des Streiks einzusetzen, die Führer vor Standgerichte zu stellen, die Weiterführung der Betriebe durch Streikbrecher (Technische Nothilfe, Freiwilligen Arbeitsdienst, SA) zu versuchen. Auch von diesem Gesichtspunkt aus empfiehlt es sich, zunächst den Kampf im Lager der Reaktion selbst ausdehnen zu lassen, ehe man folgenschwere Entscheidungen trifft. Freilich gibt es eine Reihe von Fällen, deren Aufzählung aus naheliegenden Gründen inopportun ist, in denen die sofortige Aktion größten Stillschlags wäre. Gerade darum aber heißt das Gebot der Stunde: ernste, sachliche Verhandlungen über die Einheitsfront, von Führung zu Führung, damit eben jene Fälle und alles dann nötige von Anfang zwischen den proletarischen Gruppen festgelegt werden.

Es ist aber eher anzunehmen, daß die Regierung es vermeiden wird, der Arbeiterschaft das Stichwort zum offenen Kampf zu geben, als daß sie sich dazu verleiten läßt. Ihre bisherige Taktik, Zug um Zug und so, daß keine ihrer Maßnahmen für sich allein den Ausgangspunkt einer gewaltigen Gegenaktion bilden kann, dem Ziel anzustreben, hat sich bewährt und wird zunächst fortgesetzt werden. Es spricht alles dafür, daß man auch den Uebergang der Monarchie auf bonapartistische

Weise vollziehen wird, aus dem Umweg einer Präsidentschaft oder des Reichsverweseramtes für einen Hohenzollern (der auf keinen Fall Wilhelm von Doorn, wahrscheinlich aber auch nicht der Kronprinz sein wird).

Sicher ist, daß die Reaktion sich gewaltig verrecken würde, wenn sie auf die Uneinigkeit der deutschen Arbeiter weiter sündigen und den Bürgerkrieg auf der ganzen Linie heraufbeschwören würde. Dann wäre die Einheitsfront da und es gäbe einen Kampf von unabsehbaren Folgen. Ebenso sicher aber ist

## „Der Tag“ und die Vierzigstundenwoche. Unsterbliche Blamage der „Tag“-Redaktion.

Der „Sozialdemokrat“ hat vor einigen Tagen berichtet, daß sich der Vertreter der deutschen Reichsregierung, also der Regierung des „Sozialisten“ Hitler, in Genf gegen die Vierzigstundenwoche ausgesprochen hat und jähle Hitler selbstverständlich zu den reaktionären Elementen, deren Widerstand es bei dem Kampf um die Vierzigstundenwoche zu überwinden gelte.

Darüber reist sich das Duzer Grubenhund-Organ nun mächtig auf; in seiner Wut gebär es einen neuen Grubenhund. Er bellt so laut, daß die ganze lebende Menschlichkeit auf die Trollet aufmerksam wird, die den „Tag“ schreiben.

Die Sozi, so schreibt „Der Tag“, haben sich mit der Meldung über Genf „in ihr rotes Fleisch geschnitten“. Rämlich:

„Die Sozialdemokraten Dänemarks unter der Führung Brantings haben in der Ab-er-tagung des Genfer Arbeiterrates gegen die Vierzigstundenwoche gestimmt!“

Nach den drei Aufzeichen kommt die Moral:

„Das ist die internationale Solidarität! Das ist die Arbeitserfreudigkeit der Sozi! Das ist ihre Wahrheitsliebe!“

es, daß eine wirklich aktionsfähige, zum Angriff geeignete und zielbewusste Einheitsfront gegen die Reaktion erst geschaffen werden muß. Dem Angriffsakt gegen den Faschismus, den die Kommunisten in geschickter Wahl der Parole vorgeschlagen haben, muß eben doch der Nichtangriffsakt, besser noch der Friedensvertrag im Proletariat vorausgehen, soll dem Angriff die Kraft und seinem Plan das Geheimnis des Sieges innewohnen!

Dem „Tag“, der sich selbst so voreilig seine Wahrheitsliebe bescheinigt, sei nun der von uns dressierte Grubenhund vorgeführt:

1. Die Vertreter der dänischen Regierung stimmten in Genf für die Vierzigstundenwoche.

2. Sie befanden sich nicht unter der Führung Brantings.

3. Branting ist schon acht Jahre tot und war Führer der schwedischen Sozialdemokratie.

4. Stauning, der dänische Ministerpräsident, den die Grubenhund-Redaktion mit Branting verwechselt hat, war gar nicht in Genf.

Dem „Tag“ muß in dieser Zeit jeder Versuch, den Sozialismus Hitlers und ihren eigenen nachzuweisen, schmächtig mißlingen. Die Junker gratulieren Herrn Hitler, sie klatschen ihm Beifall. Warum sollten sich da seine Vertreter in Genf anders benehmen als der Reichs-Claf?

Und wenn noch so viel Grubenhunde bellten, so bleibt doch allen Denkenden vernehmlich, daß Hitler ein Verräter der Reaktion, daß er der Chef von Mordborden ist und daß die Leute um den „Tag“ sich seine Brüder nennen.

## Klerikaler Vorstoß gegen die Kollektivverträge. Dr. Nosek bringt als Referent den vielumstrittenen § 17 wieder aufs Tapet. — Scharie Abfuhr durch die Sozialdemokraten

Frage, 14. Februar. Heute sollte der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses die Beratung der Regierungsvorlage über die Zinsaufhebung beginnen. Obwohl man von vornherein damit rechnete, daß sich noch da oder dort gewisse Meinungsverschiedenheiten über die Vorlage ergeben dürften, so war doch alles überrascht, als wieder alle Gespögenheit der Klerikale Dr. Nosek als Referent plötzlich mit einem bereits schriftlich formulierten und verwickelten — angeblich nur „rein persönlichen“ — Antrag herandrückte, der im wesentlichen den so schon umfänglichen § 17, der schließlich an dem energischen Widerstand der sozialistischen Parteien scheitert ist und aus dem Entwurf des Finanzministeriums überhaupt eliminiert wurde, wieder aufleben lassen wollte.

Dr. Nosek verlangte einen Zusatz zu dem derzeitigen § 15 der Vorlage,

daß für die Zeit, solange die Regelung des Zinsfußes nach den §§ 1. bzw. 15 in Geltung ist, die verantwortlichen Organe der Finanzinstitute, „sofern es nicht anders möglich ist“,

den durch die Herabsetzung des Zinsfußes entstandenen Abgang in den Einnahmen auszugleichen, ermächtigt werden sollen, auch in „angemessener“ Weise alle persönlichen Verwaltungsaufgaben zu regeln. Einer solchen Regelung dürften auch gültige Dienstverträge nicht im Wege stehen.

Das Ausmaß dieser „Regelung“, d. h. Gehaltskürzung, sollte weiters bei Bezügen bis zu 100.000 K „nicht mehr als 25 Prozent“, bei höheren Bezügen nicht mehr als 35 Prozent betragen. Ueber die Tragfähigkeit einer solchen Kürzung sollten die im Bankengesetz vorgesehenen Revisionsinstitute gehört werden.

Dieser Vorstoß stieß bei den sozialistischen Parteien sofort auf energische Abwehr.

Namens der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gab Genosse Kramler eine scharfe Erklärung ab, daß wir entschieden gegen diesen Antrag sind und auf keinen Fall für eine derartige Lösung stimmen könnten. Der Einbruch in die Kollektivverträge wurde bereits von der Regierung nach wochenlangen Aus-

einandersehungen über Einpruch der sozialistischen Parteien fallen gelassen; wir verwahren uns dagegen, daß diese Frage nun nochmals von dem Referenten aufgerollt wird.

Auch der tschechische Nationalsozialist Dr. Patejdl gab eine ähnliche Erklärung ab. Nicht einmal die Nationaldemokraten und die tschechischen Agrarier scheinen viel Lust zu haben, sich nochmals mit dieser Frage zu beschäftigen, zumal ihnen der Vorrang von den Klerikalen ohnedies bereits abgelaufen wurde. Morgen vormittag 9 Uhr wird der Koalitionsstabsausschuß darüber beraten und voraussichtlich wohl zu einer Ablehnung kommen. Um halb 11 Uhr wird dann im Ausschuß die Spezialdebatte über die Vorlage abgeführt werden.

Heute sprach u. a. auch der Finanzminister Dr. Trapl. Er verdelmetzte seinen persönlichen Wunsch und den der Regierung, daß es in der Frage der Zinsaufhebung zu einer gültigen Vereinbarung kommen möge. Zu dem Antrag Noseks äußerte er sich überhaupt nicht, da er die Regierungsvorlage zu vertreten habe.

## Der Justizminister über die Auslieferung.

Frage, 14. Februar. Justizminister Dr. Meißner kam gestern im Budgetausschuß des Senats neuerlich auf das Auslieferungsbegehren gegen die fünf nationalsozialistischen Abgeordneten zu sprechen.

Er verwahrte sich abermals gegen den Vorwurf, als ob hier ein politischer Prozeß ohne sachliche Begründung absichtlich hervorgerufen werde, bezw. gegen eine bestimmte politische oder gar nationale Gesinnung gerichtet sei. Der Antrag auf Strafverfolgung sei nur hinsichtlich jener Mitglieder der Nationalversammlung gestellt worden, bezüglich derer in den Akten ganz bestimmte Fakten enthalten waren. Justizbehörde und Staatsanwaltschaft haben genau unterschieden und werden genau zwischen den einzelnen Beschuldigten unterscheiden, je nachdem was festgestellt wurde, bezw. festgestellt werden wird.

Der Minister trägt es schwer, daß sich mit den Beschuldigten auch die Angehörigen anderer Parteien der deutschen Opposition ohne genügenden Grund und Beweis solidarisch erklärten. „Was verlangen denn da eigentlich die Herren von uns?“ fragte Meißner. „Daß wir in einer Frage, ob und wie man eine Strafverfolgung durchführen soll, politisch entscheiden sollen, d. h. die Straftaten darnach beurteilen sollen, ob wir die Partei, deren Angehörige angeklagt sind, politisch dadurch stärken oder schwächen, überde dem weicht aber die Justizverwaltung ängstlich aus.“ Wenn Sie, meine Herren, erklärte Meißner weiter, von uns Objektivität fordern, haben wir das Recht, sie auch von ihnen zu fordern.

Die Justizverwaltung und die Anklagebehörde würde sehr objektiv vorgehen; ob die deutsche Opposition in ihrer Kritik objektiv sei, wagt der Minister zu bezweifeln. Die Justizverwaltung sei in dieser Sache korrekt vorzugehen und werde korrekt vorgehen, und der Minister halte daher dafür, daß er keine Kritik zu fürchten brauche.

## Schulminister Dr. Dörer

erklärte im Ausschuß über die letzten beiden Schulreformvorlagen, er halte sie für so wichtig, daß man nicht daran vorbei komme, in den nächsten und bei Gelegenheit zur Diskussion zu stellen. Gegenüber den Vorwürfen von Romantischer Seite erklärte er, daß die Vorlagen nicht die sittlich-religiöse Erzie-

## Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.  
Copyright in Jodelstetter-Berlin.  
Kadaver verboten.

Da griff Seppel mit Gefühl in die Saiten seiner Zither und hervor quoll die Melodie, die Male gefühlvoll von den Jubältern und Dirnen bei „Antel Franz“ gehört und die ihr selbst gut gefallen hatte: „Worum ist am Rhein so schön?“ Aber Seppel fragte nicht, warum es am Rhein so schön ist, sondern warum es am Rhein so schön war. Im Chor erscholl die entsprechende Antwort, Male wohlbekannt. Danach legte Seppel Stroll in die Stimme und fragte in der zweiten Strophe, warum es denn am Rhein nicht mehr so schön sei. Und Juristen, Mediziner, Philologen, Philosophen und vielleicht auch Theologen antworteten traurig:

Weil die Regier, die Schweine, im Rheine waschen die Beine.

Da warf Seppel den Jünglingen eine dritte Schicksalsfrage in die hiergeröteten Gesichter: Wann wird es am Rhein wieder schön? Und trübig antwortete die hierbesipfelte Schar:

Wenn die Hunde, die Franzien, endlich unter unsern Knäpplern tanzen.

Da brach der „Alte Herr“ und stützte besorgte Vater in den erlösenden Schrei aus: „Endlich e anständiges Lied, was mir ohne Erörter vor seinem Sohne singen kann.“

Damit wurde eine patriotische Begeisterung entfesselt. Zwar sang man, und das mit Einschluß des sächsischen akademischen Fabrikbesizers, mit unverminderter Wärme die ehwürdigen Saiten weiter, aber am Ende jedes Liedes kam zum Ausdruck, daß der Student der schwarz-rot-goldenen deutschen Republik keineswegs die verlassene schwarz-weiß-rote Monarchie vergißt. Es war eine Art Rüstschwur, die die „Sächsisch-

Schweiz“ oder das „Vergißmeinnicht“ oder den „Haut“ und alle anderen Vieder angehängt wurde:

Schwarz ist das Eisen, weiß ist der Stahl, rot ist die Liebe, wir trinken noch einmal!

Wenn nach diesem Rüstschwur die Biergläser im „Profit“ zusammenknallen, dann erst würde so recht klar, daß der monarchistische Rache- und Rüstschwur der republikanischen Studenten wirklich wie Stahl gedöhnt hatte. Oder um es in der Sprache des akademischen Fabrikbesizers aus Sachsen auszudrücken: markig und machtvoll.

Selbstverständlich machte Male sich keine Gedanken darüber, daß diese jugendlichen Schwurzeugen eines ebenis monarchistischen wie hierarchischen Rüstschwures wenige Jahre später als Richter, öffentliche Ankläger, höhere Beamte, Lehrer den Eid auf die Republik ablegen würden. Wer hätte ihr sagen können, daß diese Studenten, die heute die Schwernigeleien mit angehängtem Rüstschwur sangen, bald mit Hilfe ihrer Verbindungen die nötigen „Verbindungen“ und damit die höchsten Stellungen im Staate bekommen? Daß sie als Staatsanwälte und Richter, als Vertrauensärzte und Studierräte, als Pastöre und studierte Soudier der Industrie ein ganzes Volk moralisch und wirtschaftlich und politisch anführen? Wenn der Krieg, den sie so sehnsüchtig herbeiwünschten, sie nicht hinwegspült.

Nein, solche Gedanken machte Male sich nicht, weil sie dazu einfach gar nicht fähig gewesen wäre. Im Gegenteil, ihr gefielen diese Jungen, die zwar, wie sie bald erkannte, unzüchtliche Vieder sangen, die aber trotzdem bei aller Vertraulichkeit zu ihr ein gewisse ritterliche Höflichkeit bewahrten. Darum nahm sie die ganz werthüllten Verehrungsbezeugungen der Jungen wohlgefällig entgegen. Und wie sie dann in später Nacht beim Abrechnen feststellte, hatte sie sich auch nicht in der Bewertung von deren Vorachtheit getäuscht. Sie mußte kaum von einem,

wieviel er getrunken hatte. Man hätte sie betrügen können. Doch stellte sich nicht nur ein reichlicher Verdienst, sondern noch ein ansehnlicher Ueberfluß, Trinkgelder, heraus.

Als Male gegen einhalb zwei Uhr nachts den „Taubenschlag“ verließ, um das möblierte Zimmer in der Glockenstrafe aufzulassen, das die Stellenvermittlerin ihr zugleich mit der Stellung nachgewiesen hatte, stand draußen im Goldbühnen ein schon ziemlich reifer Student, der bis zum Schluß des Lokals im „Taubenschlag“ als einer der wildesten mitgezogen hatte. Mit herzlichster Höflichkeit fragte er, ob er das Fräulein Molly nach Hause begleiten dürfe. Male sagte gern ja.

### Von den Grenzen der ärztlichen Kunst.

Das Fräulein Molly im „Taubenschlag“ wurde zu einer Bedenwürdigkeit des akademischen Leipzig. Man kam, um sie zu sehen. Die Wirtin behauptete, daß bei Male das Kulmbacher Bier gut anslage. Aber Male trank gar nicht viel.

Ihr Fleisch blühte, weil ihr Blut immer gepreßt wurde von dem Begehren so vieler junger Leute, die sie nicht aus den Widen ließen. Unspielt von einer Lust, die satt von Alkohol und Jote war. Sie blühte, weil sie jede Nacht die Wonne stürmischer Liebe genoss und weil sie zum ersten Male in ihrem Leben selbst ganz hingegenbe liebte.

Dankjürgen Hopwald war Student der Rechtswissenschaft. Er war Corpsstudent und Mann und in einigem Abstände davon Jurist, sonst nichts. Aber das merkte Male nicht, denn sie selbst war in diesen Monaten nichts als Weib. Sie war ihm ungetraut wie ein reifer Apfel, der mit allen Säften seinem Kalle entzoesenwachsen ist. Die wilden Nächte im Bett strahlten Verriedigung und Glück über die Tage hin, und sie empfand sie als verloren, wenn Dankjürgen von seiner Verbindung in Anspruch genommen war.

Zur ersten Unstimmigkeit kam es, als es

einen Skandal im „Taubenschlag“ gab. Zwei Herren, die keine Studenten mehr waren, sondern sich nur beschuldigen in ihrer ehemaligen Universitätsstadt aufhielten, hatten den ganzen Abend gezecht. Sie gestielen Male nicht sonderlich, aber sie bediente sie mit der gleichen Freundlichkeit wie alle andere, denn sie hatte gelernt, ihre eigenen Gefühle hinter der Berufsnotwendigkeit zu verbergen. Male hatte es unangenehm empfunden, daß die beiden Herren im Zustande fortschreitender Betrunktheit sich an anderen Gästen rieben und sie als „Juden“ hänselten. Man hatte ihnen das nicht übel genommen, weil tatsächlich kein Jude im Lokal war und im übrigen die jüngere Generation den vorgeschriebenen Respekt vor den „Alten Herren“ bewahrten.

Aber Male empfand bei aller Rücksicht für akademische Bierfrölichkeit das Benehmen der Herren als Fregelei.

Da betrat ein Herr in sehr reifen Jahren, sicherlich ein gewichtiger Bürger, den „großen Saal“. Die beiden Jochbrüder sahen sich an, dann brüllte der eine:

„Da kommt wieder so ein Scheißjude!“ Der Angepöbelte verfluchte, den Fregelei zur Rede zu stellen, worauf dessen Freund wiederholte:

„Jawohl, ein Scheißjude!“ Er er den Mund recht geschlossen hatte, erhielt er von dem Beleidigten ein paar schallende Ohrspeitgen. Die zwei fielen über den einen her.

In einem Kneuel wählten sich die drei zur Türe hinaus. Ein Schuhmann war sofort zur Stelle, da in dem dunklen engen Gäßchen nächstlich fast immer Polizei patrouilliert. Bei der Namensfeststellung stellten sich die beiden betrunkenen Antisemiten als zwei Ärzte vom Kreis-Krankenhaus in Waldenburg in Schlesien heraus. Als der Beleidigte, ein Großkaufmann, nach der Namensfeststellung ruhig davonging, rief ihm der eine Arzt nach:

„Wenn solch ein Jude was ins Krankenhaus kommt, dann lasse ich den Kerl verreden.“ (Fortsetzung folgt.)

# Front der Länder gegen die Reichsregierung.

hung in den kirchlichen Schulen betreffen, sondern nur bezwecken, diese Schulen gewissen organisatorischen Änderungen zu unterwerfen, um sie auf das gleiche Niveau zu stellen wie die anderen Schulen der Republik. Die Rückständigkeit der Slowakei sei u. a. auch die Folge dieser Zerstückelung des Schulwesens. Dabei sollten gerade die Slowaken die Vorlage mit Freuden begrüßen.

## Zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Professoren- und Lehrernwärtern.

Der Minister schätzt die Zahl der approbierten Professoren-Kandidaten, die an Mittelschulen heuer nicht werden untergebracht werden können, bereits auf über 900. Diese Kandidaten werden zwar auch an Mittel- und Volksschulen verwendet, aber dort nehmen sie wieder den Lehrern die Plätze weg. Auch in Volksschulen herrscht bereits eine gewisse Arbeitslosigkeit. Deshalb soll die Zahl der Externen, die zur Ablegung der Lehramtsprüfung zugelassen werden, eingeschränkt werden. Die von der Schulverwaltung eingeleiteten Schritte zur Pensionierung der Lehrbediensteten infolge des bekannten Beschlusses der Regierung wieder fallen gelassen werden; der Minister will jedoch neuerdings der Regierung den Antrag stellen, von den neuen Richtlinien für die Pensionierung Abweichungen zu erlauben, um die große Arbeitslosigkeit unter den Lehrern und Professorenwärtern zu mildern.

## Oekonomisierung der Provinztheater?

Eine Erklärung Dr. Dörrens im Budgetauschuss.

Brag, 14. Febr. In der Budgetdebatte im Senatsauschuss erklärte Schulminister Dr. Dörrens die Beschlüsse über die armselige Dotierung des Theaterwesens für berechtigt. Karger als für das Nationaltheater sei die Situation für die übrigen Theater namentlich in der Provinz. Es sei richtig, daß eine gewisse Oekonomisierung notwendig sein werde, denn es sei nicht möglich, daß jede größere Provinzstadt auf ein eigenes Opernensemble Anspruch erhebe, aber das Ministerium könne nur auf regulativer Weise eingreifen. In der Tat wurde mit dieser Oekonomisierung bereits der Anfang gemacht. Dort gibt es nur eine Theatergesellschaft, das tschechische Nationaltheater, das die Theaterbedürfnisse der ganzen Slowakei deckt. Auf eine ähnliche Weise werde man auch in den historischen Ländern vorgehen müssen.

Der Senat hielt gestern eine Sitzung ab, in der die Vorlage über die Exportkredite und das Denkmalsgesetz den Ausschüssen zugewiesen wurde. Während die Exportkredite mit sieben Tagen befristet wurden, erhielt der Ausschuss für das Denkmalsgesetz das noch vor dem Samstag in Kraft treten soll, nur eine Frist bis heute (Mittwoch) halb 11 Uhr. Für diese Zeit ist eine neue Plenarsitzung einberufen, diese Zeit ist eine neue Plenarsitzung einberufen, diese Zeit ist eine neue Plenarsitzung einberufen.

Regierungsverordnung betreffend die Pensionierung der Angestellten von Privatbahnen. Der Ministerrat hat in diesen Tagen den Entwurf der Regierungsverordnung betreffend die Pensionierung der Angestellten von Privatbahnen genehmigt, welcher vom Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium ausgearbeitet wurde. Die Regierungsverordnung lehnt sich sowohl in organisatorischer als auch in materieller Hinsicht, insbesondere hinsichtlich der Leistungen, an die Grundzüge betreffend die Pensionierung an. Hierbei wird allerdings auf die Besonderheiten der Eisenbahnbetriebe und die aus der Natur des Eisenbahnbetriebes resultierenden Bedürfnisse Rücksicht genommen. Hauptträger der Pensionierung bleibt auch weiterhin die Pensionanstalt der Privatbahnen in Brünn, ebenso die Eisenbahnbetriebe, die in der bisher bestehenden Erlassensverordnung enthalten sind. Die Regierungsverordnung enthält auch Bestimmungen, durch welche die erworbenen Rechte der Versicherten und Rentner gesichert werden sollen und läßt neben der pflichtgemäßen Versicherung auch die freiwillige Versicherung zu. Zur Durchführung dieser Regierungsverordnung ist grundsätzlich das Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium berufen. Durch diese Regelung wird den Angestellten von Privatbahnen und deren Familienangehörigen die wünschenswerte und dringende Sicherung ihrer Altersvorsorge sichergestellt.

Antimarkismus der tschechischen Merkanten. Die junge Generation der tschechischen Bourgeoisie vertritt eine ausgesprochen antimarkistische Haltung. Sie ist der Ansicht, daß der Markt nur ein Mittel ist, um die Produktion zu regeln, nicht aber ein Zweck an sich. Sie lehnen die Spekulation ab und fordern eine stärkere staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Diese Haltung ist ein Zeichen für die Reife der tschechischen Wirtschaft und die Bereitschaft, sich den Anforderungen der modernen Welt anzupassen.

Berlin, 14. Febr. (Eigener Bericht.) Man erinnert sich noch daran, daß ein verantwortlicher Leiter der bayerischen Politik nach dem 20. Juli 1932 geflohen ist, ein Reichskommissar, der die bayerische Grenze überschritt, wurde von der bayerischen Landesregierung verhaftet worden. Die Stimmung, der dieser Ausbruch Ausdruck gab, ist noch lange nicht abgeklungen, sondern wurde durch die neuen Maßnahmen der Reichsregierung gegen Preußen eher noch verstärkt.

Der einflussreiche Tagesspiegel hat die Reichsregierung einen Beauftragten nach Heisen, in ein Land also, in dem eine Minderheitsregierung geschäftsführend am Ruder ist. Der Beauftragte sollte, wie es nachträglich heißt, die „Verhältnisse erkunden“ und insbesondere die Haltung der bayerischen Landesregierung gegen die Rechte überprüfen.

Die Stellungnahme der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ zu diesem Schritt ist sehr bemerkenswert. Sie schreibt:

Ein Eingriff in ureigenste Landesangelegenheiten, der sich nur auf eine der Reichsregierung nicht genehme Zusammensetzung einer Landesregierung stützen würde, wäre so verfassungswidrig, daß eine Reichsregierung, die sich dazu verleitete ließe, sich selbst außerhalb der Verfassung stellen würde. Eine Reichsregierung aber, die ihr Verhalten gegenüber den Ländern nicht mehr nach der Verfassung richten wollte, würde damit die verfassungsmäßigen Bindungen zwischen Reich und Ländern keineswegs einseitig

erschneiden, sondern würde die Länder, die noch eine Spur von Lebenskraft in sich verspüren, geradezu zwingen, ihre Abwehrmaßnahmen so zu treffen, wie sie eben in einer Zeit, in der die Gewalt das Recht unterjocht will, notwendig ergriffen werden müssen. Ein Reichskommissar, der den Main überschreiten würde, wäre nicht nur eine Kampfanzeige für das betreffende Land, es wäre auch eine Kampfanzeige für den gesamten deutschen Süden.

Man darf freilich nicht dazu neigen, diese Bekenntnisse zu überschätzen; sie zeigen aber an, daß die Reichsregierung auf das schwerste bedroht werden könnte, wenn die Reichsregierung ihre bisherige Politik fortsetzt. Das erste Ergebnis eines offenen Gemwärtisses zwischen Bayern und der Reichsregierung könnte die Wiedereinführung der Weimarer Verfassung und damit die offizielle Sprengung der republikanischen Staatsform sein.

## Länderkonferenz.

Berlin. Nicht nur Bayern wehrt sich gegen die Übergriffe der Reichsregierung. Auch die anderen Länder beschäftigen sich mit der durch den Schritt gegen Preußen neu geschaffenen Situation im Reichsrat. Am Dienstag fand in Berlin eine Sitzung der Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder einschließlich Thüringens, Sachsens und der Hansestädte statt, in der die Stellungnahme der Ländervertreter im Reichsrat besprochen wurde.

# Deutsche und italienische Fascisten-Blutsbrüderschaft. Es lebe das fascistische Italien / Nieder mit Deutsch-Südital.

Berlin, 14. Febr. In seiner Ansprache bei der Ehrung jugitalienischer Meister in der Nationalgalerie erklärte Reichsminister Göring u. a.: „Der Faschismus, der Nationalismus und Nationalsozialismus haben weltanschaulich so viel Verwandtes und sind vor allen Dingen darin einig, ihre Länder, ihre Völker vor der Anarchie, vor der Zerstörung und Vernichtung durch den alles bedrohenden Bolschewismus zu schützen und zu behüten. Beide wenden sich dagegen, daß Zerstörung und Anarchie in der grauenhaften bolschewistischen Idee auch auf dem Gebiete der Kunst voranschreiten und das Heimische zerstören wollen.“

Ich begrüße daher namens der Reichsregierung und der preussischen Regierung, daß als erstes Land Italien es ist, das hier in dem preussischen und somit im Deutschen Museum eine Heimstätte gefunden hat, und begrüße es

doppelt und dreifach, daß es das neue Italien ist, das uns hier zeigt, was heimische Empfinden, heimische Kraft, heimische Kunst zu gestalten vermögen. Ich begrüße es besonders, daß es Künstler waren, die ebenfalls aus der Idee des Faschismus die Kraft geschöpft haben, und die nun auf dem Gebiete der Malerei den Faschismus so zur Geltung bringen, wie er als stärkste Ausdrucksform des italienischen Volkes heute seine Geltung hat. Das neue Deutschland, das mit dem 30. Jänner angebrochen ist, das bereit ist, alle jungen gewaltigen Kräfte zu wecken, die nur in einer Generation ruhen können, die sich auf sich selbst besinnt, eine Regierung, die gewillt ist, deutsches Blut auf allen Gebieten wieder zur Geltung zu bringen, sie müssen sich verwandt fühlen mit dem fascistischen Italien.“

## Das polnische Kartellgesetz. Anmeldepflicht für Kartellverträge.

Der polnische Ministerrat genehmigte dieser Tage den Gesetzentwurf über die Regelung der Tätigkeit der Kartelle. Durch das Gesetz wird angeordnet, daß die Kartelle der Regierung alle Verträge, Entschädigungen und Vorhänge bekanntzugeben haben, die die Regelung der Erzeugung, des Verkaufes und der Absatzbedingungen in allen Zweigen der Industrie und des Handels durch gegenseitige Abmachungen zum Ziele haben. Der Entwurf enthält die Anordnung, daß die Kartelle alle Verträge schriftlich abzuschließen und dem Ministerium für Handel und Industrie innerhalb zwei Wochen von jedem Vertrag eine Abschrift vorzulegen haben. Würden die Verträge oder Entschädigungen der Kartelle das öffentliche Interesse bedrohen oder einen schädlichen wirtschaftlichen Einfluß ausüben oder durch nichts gerechtfertigte Preiserhöhungen zur Folge haben, kann das Handelsministerium die Angelegenheit dem Kartellgericht vorlegen, das berechtigt ist, den Vertrag aufzuheben oder einzelne Bestimmungen des Vertrages zu annullieren. Der Handelsminister ist dann berechtigt, das Inkrafttreten der zwischen den Kartellmitgliedern abgeschlossenen Verträge zu verschieben. Das Kartellgericht wird beim Obersten Gericht konstituiert werden und sich aus fünf Richtern zusammensetzen.

## Rückgang des russischen Außenhandels.

Gegenüber 1930 ist 1932 die Ausfuhr auf 49 Prozent, die Einfuhr auf 66 Prozent zurückgegangen.

Auch der Sowjetstaat hat unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden. Man erfährt das daraus, daß sich sowohl die Einfuhr Russlands als auch die Ausfuhr im Rückgang befindet. Ausführen kann Russland weniger, weil die übrigen Länder an Kaufkraft eingebüßt haben, einführen kann es weniger, weil es diese Einfuhr nur mit seiner Ausfuhr bezahlen kann. Den höchsten Stand hat der russische Außenhandel im Jahre 1930 erreicht. Es betrug die Ausfuhr 1036,4 Millionen Rubel, die Einfuhr 1058,8 Millionen. Im Jahre 1931 Ausfuhr 811 Millionen, Einfuhr 1105 Millionen Rubel, 1932 Ausfuhr 563, Einfuhr 698 Millionen Rubel. Gegenüber 1930 ist also im Jahre 1932 die Ausfuhr auf 49 Prozent, die Einfuhr auf 66 Prozent zurückgegangen.

## Streiks und Aussperrungen im Jänner 1933.

Zunahme der Streiks. Wie das Statistische Staatsamt mitteilt, gab es im Jänner 1933 32 (im Dezember 1932 17) Streiks; hievon 26 (12) Einzel- und 6 (5) Gruppenstreiks in 42 (28) Betrieben. Die betroffenen Betriebe beschäftigten, 12.341 (5524) Arbeitnehmer, von denen 10.441 (4193) streikten und 54 (89) infolge Streiks feierten. Die Streikenden veräumten 90.065 (50.838) Arbeitstage und verloren an Lohn 2.758.201 (1.515.286) K. Die infolge Streiks feiernden veräumten 136 (1614) Arbeitstage und verloren an Lohn 1186 (38.567) K. Im ganzen also betrug der Verlust an Arbeitszeit bei Streiks 90.201 (52.449) Arbeitstage und an Lohn 2.759.387 (1.553.853) Kronen.

In bezug auf die Gewerbestellen entfallen 8 Streiks auf das Baugewerbe (2570 von den Streikenden veräumten Arbeitstage), 6 Streiks auf die Bergbauindustrie (59.163), 4 Streiks auf die Holzindustrie (545), 3 Streiks auf die Nahrungsmittelindustrie (841), je 2 Streiks auf die Metallverarbeitung (15), auf die Textilindustrie (1955), je ein Streik auf die Glasindustrie (5), auf die Maschinenindustrie (2869), auf die Bekleidungsindustrie (1936) auf die Papierindustrie (2230) und auf die graphische Industrie (80).

Forderungen der Streikenden waren folgende: Bei 9 Streiks Nichtföhrung der Löhne (64.960), bei 7 Streiks eine Lohnföhrung (2550), bei einem Streik war eine sonstige Lohnforderung (20), bei 4 Streiks wurde eine Nichtentlassung von Arbeitnehmern gefordert (18.843), 4 Streiks waren Solidaritätsstreiks (595), bei 2 Streiks betraf die Forderung den Kollektivvertrag (3074), 3 Streiks waren Demonstrationsstreiks (43) und bei 2 Streiks sind die Forderungen noch unbekannt.

Das Ergebnis der Streiks für die Arbeitnehmer war in einem Falle ein voller Erfolg (1848) und in 12 Fällen ein Teilerfolg (27.060), in sechs Fällen ein Mißerfolg (807), in 13 Fällen ist der Erfolg noch unbekannt (60.350).

Nach Ländern gegliedert entfallen auf Böhmen 21 Streiks (28.967), auf Mähren und Schlesien 5 Streiks (38.378), auf die Slowakei 5 (22.720) und auf Karpatenrußland 1 Streik.

# Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

## Arbeitersportfest der Tschechoslowakei.

Am 5. und 6. August d. J. wird in Brünn erstmalig ein Arbeitersportfest der Tschechoslowakei stattfinden. Der Veranstalter ist kein einzelner Verband, sondern der Zentralrat der Verbände für sozialistische Körpererziehung, Prag. D diesem Zentralrat sind angeschlossen: der tschechische (T.S.) und deutscher (A.T.S.) Arbeiterturnbund, die deutschen und tschechischen Radsportler, die deutschen und tschechischen Kanufreunde und die polnischen Arbeiterturner (P.T.). Alle Sparten und Abteilungen der einzelnen Verbände werden aktiv an dieser Veranstaltung mitwirken. Das Arbeitersportfest wird nicht nur technisch, sondern vor allem sportpolitisch eine Veranstaltung von großer Bedeutung. Die organisatorische Durchführung des Festes liegt zum großen Teil in den Händen des A.T.S., weil es in Brünn stattfindet.

## Internationaler Turnwettkampf.

In Prag wird am 12. März ein Turnwettkampf der Verbände Deutschland, Schweiz, D.S., Prag und A.T.S.-Kuffing veranstaltet. Jeder Verband stellt seine besten Geräteturner zu einer Mannschaft mit vier Teilnehmern. Die Mannschaft des A.T.S. dürfte mit folgenden Genossen besetzt werden: Baum-Biel, Schwegel und Schneeweiß-Bodenbach, Kiba-Kranzberg bei Haida. Da gerade die Schweizer und Deutschen Meister des Geräte-turnens sind, werden die Einheimischen alle Anstrengungen machen müssen, um bestehen zu können.

## Arbeitsgemeinschaft zwischen A.T.S. und A.T.S.

Zwischen dem Arbeiter-Turn- und Sportverband und dem Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverband wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die vorläufig ihren Ausdruck in einem gemeinschaftlichen Ausschuss findet, der aus je sechs Vertretern beider Verbände gebildet wird. Dort werden alle gemeinschaftlichen Fragen beraten und alle Voraussetzungen für enge Zusammenarbeit geschaffen.

## „Der Jud ist schuld!“

So wie sich die deutschen Nationalisten in der Aera R. S. Wolf über die Mängel ihres politischen Programms mit Brandreden und Phrasen hinwegsetzen, so tun es die Hakenkreuzler in diesen Tagen ebenfalls. In Deutschland und bei uns Hitler schreit ein um das andere: „14 Jahre haben die Marxisten Deutschland regiert, um uns ein furchtbares Erbe zu hinterlassen.“ Was schert den Hakenkreuzler die geschichtliche Wahrheit, nach der die Marxisten nur dreieinhalb Monate über die Mehrheit in der Regierung verfügten, 58 1/2 Monate als Minderheit in der Regierung saßen, — also einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber standen — und ungefähr 100 Monate in der Zeit nach 1918, eine rein bürgerlich-reaktionäre Regierung vor sich hatten. Die Nationalisten spekulieren auf die Dummheit der Menschen und lügen dreist darauf los.

Nicht nur Hitler und seine Trabanten im Reich tun das, ebenso frech wie sie lügen auch die Hakenkreuzler in der Tschechoslowakei. Wir verweisen auf eine groß ausgeschmückte Meldung der „Sudetendeutschen Tageszeitung“, die Dienstag, den 14. ds., unter dem Titel „Sozialdemokratische Gewerbederföhrung“ und dem Untertitel „Wiens Gewerbe durch die Freier-Steuern zugrunde gesteuert“, erschien. Die bodenlose Gemeinheit dieser Meldung besteht in der fettgedruckten Überschrift, die in gar keinem Zusammenhang zu dem Inhalt des Artikels steht. Der Titel spricht von „sozialdemokratischer Gewerbederföhrung“ und „Breitener-Steuern“, der Artikel aber von ganz andern Dingen. Er behandelt den Streik der Antiquarnehmer, die bekanntlich wegen der kaiserlichen Benzinsteuern, die in keinem Zusammenhang mit der Gemeinde Wien steht, die Abwehr gegen die Steuerpolitik des Staates organisiert haben. Weiter wird über eine Demonstration der Kohlenhändler geschrieben, die gegen die neue Brennstoffverordnung — also wiederum eine staatliche Maßnahme — ankämpften. Und schließlich ist von den Plünderungen der Freier in Oesterreich, über die Selbstmorde von 30 Freier und die Arbeitslosigkeit der Freierkämpferlinge in Oesterreich, den Koffstand der Schuhmacher in Wien, die vor das Parlament ziehen wollen — also nicht vor das Rathaus —, den Kampfanzeigen der Milchmeier gegen das Parlament und schließlich von einer Trochung der Zuckerbäder, die gegen die 30prozentige Erhöhung des Zuckersolls demonstrierten wollen, die Rede.

Aus keinem einzigen Worte der Meldung, die offenbar die Bestimmung haben soll, sensationell zu wirken, geht hervor, daß alle diese verflochtenen oder angemeldeten Demonstrationen gegen eine Gemeindesteuer oder Verwaltungsmaßnahme der Gemeinde Wien gerichtet sind. Im ganzen Artikel kein Wort von Breitener-Steuern. Trotzdem aber dieser schreiende Titel, der sich gegen Sozialdemokraten und ihre Steuerpolitik richtet!

So etwas nennt man sonst journalistisch. Lumperei. Den Pressmachern des Nationalismus heiligt der Zweck die Mittel. Karl Hermann Wolf führt heute als abgetaner vergriffener Mensch ein armseliges Leben. Seine Bräuer sind mißlunglos verhalten. Seinen Nachfolgern, die unter anderen Namen die gleiche Politik betreiben, wird es schließlich nicht besser ergehen!

# Erdbeben sind in Kansu häufig . . .

230 Tote und 300 Schwerverletzte.

London, 14. Feber. „Times“ meldet aus Peking: Vertrauenswürdige Meldungen aus Kansu besagen, daß bei einem Erdbeben im Nordwesten der Provinz am 26. Dezember 280 Personen getötet und 300 schwer verletzt wurden. 800 Häuser wurden zerstört. „Times“ fügt hinzu: Erdbeben sind in Kansu häufig und werden wegen der Abgelegenheit des Gebietes immer erst mit starker Verspätung bekannt.

# Das Elend der Schuljugend.

Ein Bild aus Berlin.

Berlin, 14. Feber. Ein anschauliches Bild der jämmerlichen Verhältnisse des städtischen Schulwesens gibt eine amtliche Statistik der Schuljugend der Stadt Berlin, die soeben veröffentlicht wurde. Durch amtliche Zählung wurde festgestellt, daß sich 44,4 Prozent der Schüler der Berliner Volksschulen infolge der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern überhaupt keine Schul-

behelfe beschaffen können. In Zahlen wird hierbei angeführt: Von 284.000 Schülern sind 126.000 auf die Armen-Schulhilfe angewiesen. Was das höhere Volksschulwesen anbelangt, ist der Prozentsatz etwas niedriger und bewegt sich zwischen 30 und 38 Prozent. Bezüglich des Mittel- und Hochschulwesens wurde bisher keine derartige Statistik ausgearbeitet.

## Tagesneuigkeiten

### Hitlers Bierjahrplan.

„In vier Jahren“, sagt er, „sunkt er rund. Da ist Deutschland unter Garantie gesund! Keine Hunger, Mensch, mach kein Red-Red! In vier Jahren“, sagt er, „ist er weg!“

„In vier Jahren“, sagt er, „wird es sein. Ohne Arbeit wird da keiner sein. Man verdient“, sagt er, „so viel man will. Doch bis dahin halt die Schnauze still.“

„Bloß vier Jahre“, sagt er, „habt Geduld. Die Marxisten“, sagt er, „sind dran schuld. Sind die Väter unfers ganzen Quarks — Aber im Vertrauen — Wer war denn Marx?“

„So was sagt sich“, sag ich, „Anderleichts. Aber 's fragt sich, wie man es erreicht. Oder sollen wir etwa probieren, Ob wir 'n Schwarzwald“, sag ich, „weiß laden?“

„Denn der Man?“ sag ich, „hat 'nen Defekt: Weiß man, ob man vorher nicht verreckt?“ „Aber, Mensch“, sagt er, „das ist doch gleich. Dann verreckst du doch im Dritten Reich.“

Gorgon Kola.

### Nach der Katastrophe von Neunkirchen.

Die Sorge um Arbeit und Wohnung.

Neunkirchen, 13. Feber. Der Leiter der Regierungspräsident versichert, daß anfangs kommender Woche 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung des Werkes wieder in Brot und Arbeit stehen werden.

Die Stadtverwaltung ist bemüht, die obdachlos Gemordenen unterzubringen. Sie werden zunächst in Schulen und Neubauten Platz finden. In 14 Tagen sollen für 69 Familien Wohnbaracken hergestellt sein. Die zerstörten Häuser in der Saarbrückerstraße werden nicht wieder aufgebaut. Für die obdachlos Familien soll eine Neubaulonie errichtet werden. Die Neubauten sollen noch im Laufe dieses Jahres fertiggestellt werden. Nicht viel hat gefehlt, so hätte sich zu dem Unglück ein zweites gefügt: Auf der Grube „Phönix“ war die Luftzuführung zerstört worden. Es war ein Glück, daß der Förderkorb intakt blieb, sonst wären hunderte von Bergknappen außer den bei dem Unglück Getöteten noch ums Leben gekommen.

### Frankreichs Anteilnahme.

Paris, 13. Feber. Der Innenminister hat alle Präfekten Frankreichs angewiesen, am Dienstag anlässlich der Beilegung der Opfer der Explosionskatastrophe von Neunkirchen die Flaggen der öffentlichen Gebäude auf Halbmast zu setzen. Als Vertreter der französischen Regierung wird der Minister für öffentliche Arbeiten, Paganon, an der Beilegung teilnehmen. Der Straßburger Gemeinderat hat 10000 Francs für die Opfer der Katastrophe bewilligt.

### Beiräbnis der Opfer.

Neunkirchen. Um 9 Uhr vormittags fand der Trauergottesdienst für die 56 Toten der furchtbaren Explosionskatastrophe in Anwesenheit von tausenden Trauernden aus allen Teilen des Saargebietes, des angrenzenden Reiches und des französischen Gebietes statt.

### Fünf Menschen, die sich zu Tode öffnen.

Das Verbrechen eines Brandweindrenners.

Budapest, 14. Feber. (M.T.S.) Aus Szeged wird ein ungewöhnlicher Fall von Alkoholvergiftung gemeldet. Der Brandweindrenner Kómet, der vom Jaharmarkt mit einer Wagenladung Brandwein heimkehrte, bot unterwegs das Getränk mehreren vorübergehenden Holzhandlern an, die dann mit dem dazugehörigen Kanister zum starken Schnaps derart zusprachen, daß bald die ganze Gesellschaft bewusstlos im Straßengraben lag. Passanten fanden die Betrunknen und verständigsten die Genarmen, die mit Hilfe der Szegeder Rettungsgesellschaft die Bewußtlosen

ins Krankenhaus brachte. Einer von ihnen ist bereits unterwegs an den Folgen der schweren Alkoholvergiftung gestorben, vier andere starben bald darauf im Krankenhaus, wo die übrigen vier Mitglieder der Zechengesellschaft schwer krank darniederliegen.

### Zehn Vergleute verschüttet.

Hindenburg, 14. Feber. Auf der Königin Luise-Grube, Ostfeld, ging heute abends gegen 20 Uhr auf der 340 Meter-Sohle ein Pfeiler zu Bruch. Zehn Vergleute wurden verschüttet. Zur Zeit geben zwei der Verschütteten Lebenszeichen. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden.

### Liebesdrama im Wachzimmer.

Užhorod, 14. Feber. Im Wachzimmer der 12. Infanterie-Division in Užhorod erschloß heute in den zeitlichen Morgenstunden der längerdienende Zugführer Albin Bachofnik vom Inf.-Reg. Nr. 36 aus Užhorod mit seiner Dienstreife seine Geliebte Anna Pierlo, die polnische Staatsbürgerin und bei einem höheren Staatsbeamten in Užhorod angestellt war. Hierauf entleerte er sich durch einen Schuß in die Schläfe. Bachofnik wollte diese Tat bereits gestern abends, angeblich mit Zustimmung der Pierlo, ausführen, doch sollen ihm seine Kameraden dies ausgetrieben haben. Heute morgens schickte Bachofnik nun, als ihn seine Geliebte im Wachzimmer auffuchte, die beiden anwesenden Soldaten aus dem Zimmer

# Zu Tode geboxt

vom Weltmeister Carnera.

New York, 14. Feber (Reuter). Der Boxer Zhaaf, der Freitag während eines Vorkampfes mit Carnera von diesem in der 12. Runde, o. geschlagen wurde, ist nach einer Operation, die im Zusammenhang mit einem Bluterguss ins Gehirn vorgenommen werden mußte, im Krankenhaus gestorben. Die Operation dauerte drei Stunden und der Unglückliche erlangte das Bewußtsein nicht mehr. Die Polizei unter-

und vollführte seine Tat. Bachofnik hinterließ ein Schreiben, in dem er die Motive seiner Tat darlegte.

### Rumänische Eisenbahner streifen.

Klausenburg, 14. Feber. Der Streik der Eisenbahner in Rumänien nimmt immer größeren Umfang an. Seit 24 Stunden haben sich 2000 Arbeiter der Klausenburger staatlichen Eisenbahnwerkstätte in ihren Arbeitsräumen verbarricadiert und hielten dort auch zehn Ingenieure gefangen. Die gesamte Arbeiterchaft in Klausenburg scheint zum Sympathiestreik bereit zu sein. Die Ausrüstung des Belagerungszustandes wird als nahe bevorstehend angesehen.

### Spionageprozeß in Wien.

Wien, 14. Feber. Der Schöffensenat hat in dem Prozeß gegen den Kanzleibeamten Hermann Pink, Katima Moghoroff, Ludwig Gruber und Margarethe Gruber wegen Verbrechens der Ausspähung und Mißbrauch davon das Urteil gefällt. Pink wurde zu acht Monaten schweren Kerkers, Katima Moghoroff zu sechs Monaten schweren Kerkers, Ludwig Gruber zu einem Monat schweren Kerkers verurteilt. Margarethe Gruber wurde freigesprochen.

### Ein Funken Menschlichkeit in der Finsternis.

Das jaarländliche Neunkirchen ist Schauplatz und Opfer einer Katastrophe geworden, deren Umfang und Inhalt so groß und schmerzhaft sind, daß selbst unsere grausel- und schreckengewohnte Zeit den Atem anhält. Und der verständlichen tiefen Trauer, die ganz Deutschland in den Tagen nach dem Unglück anlegte, schloß sich das Beileid ganz Europas an — ein Beileid, das ehrlich gefühlt zu sein schien, eine Anteilnahme, die doch noch stärkeren Eindruck hinterläßt als die fetten Titelzeilen, mit denen die Presse überall dem sensations- und erschütterungsbedürfnis ihrer Leserschaft entgegenkam. Man kann es als bloßen Akt der Höflichkeit und Ausdrucks gepflegter Zivilisation ansehen, daß auch Frankreich vom ersten Augenblick an sich mit teilnehmender Stimme meldete; vielleicht werden manche sogar hauptsächlich nur politische Klugheit darin erblicken, daß dieses Frankreich gestern zu Ehren der Toten von Neunkirchen halbamtlich flaggte, daß ein französischer Minister an der Beilegung der Opfer teilnahm, daß der Straßburger Gemeinderat sich mit einem Geldgeschenk einstellte; man kann es so, man kann es aber auch anders

sehen, nämlich: unter den nationalistischen Heidenbrüsten und trotz aller heillosen Verwirrung der Köpfe durch den imperialistischen und verheerenden Kapitalismus, trotz der millionenfachen Herzlosigkeit, deren die Kriegszeit voll war und unsere Zeit voll zu sein nicht aufgehört hat, tragen die Menschen dennoch ein Herz in der Brust und manchmal hört man, wie wenig die Pulsschläge nach Nationen verschieden sind. Manchmal stirbt das Kur-Deutsche oder Kur-Französische in den Menschen und die echte, reine, nach Rasse und Nation nicht fragende Menschlichkeit schlägt durch. Es scheint uns, als ob auch das Unglück von Neunkirchen zu jenen Ereignissen zählte, angesichts deren ein Hauch Brüderlichkeit über die Grenzen und durch die Welt ging. Diese Brüderlichkeit, einmal nicht nur von Profektariern gefühlt und gehalten, das selbst ist ein gar wunderbares Ereignis, dem man sich schon erfreut anwenden darf, auch wenn sie leider nur an Gräbern geübt wird. Gewiß, es handelt sich da um ein ganz zartes Pflänzchen; um ein Gräslein, das das Fuhrwerk unserer aus den Fugen geratenen Zeit sehr bald wieder spurlos vernichtet wird. Aber selbst die Erinnerung an diesen großen Spieß soll uns kostbar sein; auch sie vermag, wenn auch nur zu Millionenstücken, zu veredeln.

Im Grabe Richard Wagners. Am Todestage Richard Wagners war Hans Bahnsfried in Bayreuth das Ziel vieler Tausender. Der Weltberühmte der Stadt mit Bürgermeister Bopp an der Spitze legte am Grabe Wagners und Frau Cosima eine Lorbeerkränze nieder. Dann überreichte er in Villa Bahnsfried der Witwe Siegfried Wagners, Frau Winifred Wagner, den Ehrenbürgerbrief. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes ist von der Stadt Bayreuth weiter beschlossen worden an Gräfin Claudine Gräfin, Arturo Toscanini, Frau Eva Chamberlain, die Witwe Houston Stewart Chamberlains und Tochter Richard Wagners, und an Daniela Thode.

Die Entführung des 32jährigen Charles Boettcher, des Erben eines der reichsten Industriellen des amerikanischen Westens, hat ungeheures Aufsehen verursacht. Die Familie Boettchers hat einen großen Betrag ausgesetzt, wenn ihr Boettcher lebend und gesund zurückgegeben wird. Die Forderung nach den Entführern hat fast die gleichen Dimensionen angenommen, wie bei der Suche nach den Entführern des Lindbergh-Babys. Die Detektive gehen sehr vorsichtig vor, weil Befürchtungen bestehen, daß die Banditen Boettcher töten würden, wenn sie durch die Fahndungsorgane in die Enge getrieben werden sollten. Die Frau Boettchers ist verzweifelt und hat im Rundfunk mitteilen lassen, daß sie bereit ist, jedes geforderte Lösegeld zu bezahlen. Die Polizei vertritt die Ansicht, daß die Entführer unter den Gangstern von Chicago zu suchen sind.

Der Index der Großhandelspreise für den 1. Feber 1933 verzeichnet ein schwaches Sinken um 0,3 Prozent, d. i. von 96,6 auf 96,3 Prozent.

Eine Familie sollte lebend verbrannt werden. Ein heftiger Aufschlag gegen eine ganze Familie ist in Saringen im Bezirk Bodensee verübt worden. Die Verbrecher veranlaßten den einzigen Ausgang des Hauses, das von einem Holzarbeiter mit seiner Frau und vier Kindern bewohnt wird, und legten dann an das Haus, dessen Fenster vergittert sind, Feuer in der Absicht, die ganze Familie zu vernichten. Die Frau des Holzarbeiters bemerkte den Brand noch rechtzeitig, und es gelang schließlich unter größten Anstrengungen, die von den Tätern veranlaßte Haustür zu öffnen und das Feuer zu löschen. Die Gendarmerie hat zwei Personen verhaftet, die der Tat dringend verdächtig sind.

Gewehre auf Reisen. In der Gegend von Zara, an der dalmatinischen Küste, ist die Polizei einem Waffen- und Munitionsmuggel auf die Spur gekommen. Im Verlaufe von Hausdurchsuchungen wurden vier Personen verhaftet. Das Schmuggelgut wurde sichergestellt.

Vom Rundfunk. Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 17.20: Musik für die Jugend. 18.25: Deutsche Sendung. Landwirtschaft. 19.25: „Erwaden“. Schachspiel von Bräthlich. — Bräun: 16: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung. — Berlin: 9: Unterhaltungsmusik. — Rühlrad: 17: Schillerkonzert. — Hamburg: 20.40: Tchaikowsky-Abend. — Königsberg: 20: Die Mädchenballade. — Langenberg: 20.40: Volksmusik. — München: 20.20: „Urwald“, Hörspiel. 21.30: Kammermusik. — Wien: 20: Vollständiges Konzert. 22.45: Langmusik.

Dr. Bg.

# Analphabeten und Akademiker

im Spiegel der Kriminalstatistik.

Die Kriminalstatistik des Statistischen Staatsamtes, die einen fünfjährigen Zeitraum (1923 bis 1927) umfaßt, gibt auch über die Vorbildung und die intellektuelle Qualifikation der in diesem Zeitabschnitt verurteilten Personen interessante Aufschlüsse.

### Die Analphabeten.

Daß Personen, die weder des Lesens noch des Schreibens kundig sind, in der Kriminalstatistik keinen günstigen Platz einnehmen, liegt auf der Hand. Sind doch Not und Unwissenheit die beiden Hauptwurzeln der Kriminalität. Bemerkenswert ist aber das statistische Verhältnis zwischen der Kriminalitätsziffer des Analphabeten und jener ihrer Umwelt.

In den historischen Ländern entfallen auf je 1000 verurteilte Personen in dem fünfjährigen Zeitabschnitt 42,7 Analphabeten, während die Zahl der des Lesens und Schreibens Kundigen nur 30,7 beträgt. Noch krasser ist das Verhältnis bei den weiblichen Verurteilten, bei denen 28,8 Analphabetinnen gegenüber 7,7 anderen ausgewiesen werden. Im Osten der Republik Slowakei und Karpathenland sind die Unterschiede zwischen den Analphabeten und Nichtanalphabeten bedeutend geringer. Bei den Männern beträgt der Anteil der ersteren 26,5 pro Tausend gegenüber 22,4 Nichtanalphabeten. Bei den Frauen sind die entsprechenden Ziffern 10,7 für Analphabetinnen und 8,1 für die übrigen.

Wie aus den angeführten Ziffern hervorgeht, ist die Kriminalität der Analphabeten in den historischen Ländern im Verhältnis zu der sonstigen Bevölkerung dieser Länder bedeutend höher. Andererseits tritt in den beiden östlichen Ländern des Staates, deren Bevölkerung das durchschnittliche Bildungsniveau des Westens bei weitem nicht erreicht, die höhere Kriminalität der Analphabeten nicht in auffallendem Maße hervor. Es zeigt sich also, daß die Kriminalität

der Mindestgebildeten um so höher ist, je höher gebildet ihre Umwelt, je krasser der Gegensatz zu dem Milieu ist, in dem sie leben, je mehr sie sich von diesem Milieu abheben.

### Die Höchstgebildeten.

Die Kriminalstatistik gibt auf der anderen Seite auch Aufschluß darüber, in welchem Prozentsatz die Höchstgebildeten, also die Absolventen der Hoch- und Mittelschulen, an der kriminellen Gesamtziffer beteiligt sind. In den historischen Ländern entfallen auf 1000 Verurteilte 2,0 absolvierte Hochschul- und 5,7 Mittelschulabsolventen. Da eine Statistik über die Gesamtzahl der absolvierten Mittel- und Hochschulabsolventen nicht vorliegt, ist es nicht möglich, den Prozentsatz der Straffälligen innerhalb dieser Bildungskategorie festzustellen.

Interessant ist aber die Tatsache, daß im Osten der Republik die Ziffer der verurteilten Personen mit Mittel- und Hochschulbildung bedeutend höher liegt. Gegenüber den angeführten Zahlen von 2,0 und 5,7 weist die Statistik für die östlichen Länder die Ziffern 3,2 (für Hochschulabsolventen) und 6,7 (für Mittelschulabsolventen) aus, wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß die allgemeine Kriminalitätsziffer der östlichen Länder niedriger ist, als die der historischen Länder, so daß sich der kriminelle Prozentsatz dieser Bildungskategorien noch ungünstiger darstellt.

Es scheint also, daß der Gegensatz des Bildungsgrades des einzelnen zu dem der Umwelt eine bedeutende Rolle in der Kriminallogie spielt. Wie auf der einen Seite der Alphabet in einer höher gebildeten Umgebung eher der Kriminalität verfallt, so zeigt andererseits der Höchstgebildete in einer Umwelt von niedriger Bildung eine hohe kriminelle Anfälligkeit. Je allgemeiner also die Bildung der Massen, je durchdringender die Volksbildung, je geringer die Kluft zwischen den Extremen von oben und unten — desto gesünder der kriminalsoziologische Zustand.

## Der Frauentag

am 12. März muß auch eine Heerschau unserer Frauenbewegung sein.

sehen, nämlich: unter den nationalistischen Heidenbrüsten und trotz aller heillosen Verwirrung der Köpfe durch den imperialistischen und verheerenden Kapitalismus, trotz der millionenfachen Herzlosigkeit, deren die Kriegszeit voll war und unsere Zeit voll zu sein nicht aufgehört hat, tragen die Menschen dennoch ein Herz in der Brust und manchmal hört man, wie wenig die Pulsschläge nach Nationen verschieden sind. Manchmal stirbt das Kur-Deutsche oder Kur-Französische in den Menschen und die echte, reine, nach Rasse und Nation nicht fragende Menschlichkeit schlägt durch. Es scheint uns, als ob auch das Unglück von Neunkirchen zu jenen Ereignissen zählte, angesichts deren ein Hauch Brüderlichkeit über die Grenzen und durch die Welt ging. Diese Brüderlichkeit, einmal nicht nur von Profektariern gefühlt und gehalten, das selbst ist ein gar wunderbares Ereignis, dem man sich schon erfreut anwenden darf, auch wenn sie leider nur an Gräbern geübt wird. Gewiß, es handelt sich da um ein ganz zartes Pflänzchen; um ein Gräslein, das das Fuhrwerk unserer aus den Fugen geratenen Zeit sehr bald wieder spurlos vernichtet wird. Aber selbst die Erinnerung an diesen großen Spieß soll uns kostbar sein; auch sie vermag, wenn auch nur zu Millionenstücken, zu veredeln.

Im Grabe Richard Wagners. Am Todestage Richard Wagners war Hans Bahnsfried in Bayreuth das Ziel vieler Tausender. Der Weltberühmte der Stadt mit Bürgermeister Bopp an der Spitze legte am Grabe Wagners und Frau Cosima eine Lorbeerkränze nieder. Dann überreichte er in Villa Bahnsfried der Witwe Siegfried Wagners, Frau Winifred Wagner, den Ehrenbürgerbrief. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes ist von der Stadt Bayreuth weiter beschlossen worden an Gräfin Claudine Gräfin, Arturo Toscanini, Frau Eva Chamberlain, die Witwe Houston Stewart Chamberlains und Tochter Richard Wagners, und an Daniela Thode.

Die Entführung des 32jährigen Charles Boettcher, des Erben eines der reichsten Industriellen des amerikanischen Westens, hat ungeheures Aufsehen verursacht. Die Familie Boettchers hat einen großen Betrag ausgesetzt, wenn ihr Boettcher lebend und gesund zurückgegeben wird. Die Forderung nach den Entführern hat fast die gleichen Dimensionen angenommen, wie bei der Suche nach den Entführern des Lindbergh-Babys. Die Detektive gehen sehr vorsichtig vor, weil Befürchtungen bestehen, daß die Banditen Boettcher töten würden, wenn sie durch die Fahndungsorgane in die Enge getrieben werden sollten. Die Frau Boettchers ist verzweifelt und hat im Rundfunk mitteilen lassen, daß sie bereit ist, jedes geforderte Lösegeld zu bezahlen. Die Polizei vertritt die Ansicht, daß die Entführer unter den Gangstern von Chicago zu suchen sind.

Der Index der Großhandelspreise für den 1. Feber 1933 verzeichnet ein schwaches Sinken um 0,3 Prozent, d. i. von 96,6 auf 96,3 Prozent.

Eine Familie sollte lebend verbrannt werden. Ein heftiger Aufschlag gegen eine ganze Familie ist in Saringen im Bezirk Bodensee verübt worden. Die Verbrecher veranlaßten den einzigen Ausgang des Hauses, das von einem Holzarbeiter mit seiner Frau und vier Kindern bewohnt wird, und legten dann an das Haus, dessen Fenster vergittert sind, Feuer in der Absicht, die ganze Familie zu vernichten. Die Frau des Holzarbeiters bemerkte den Brand noch rechtzeitig, und es gelang schließlich unter größten Anstrengungen, die von den Tätern veranlaßte Haustür zu öffnen und das Feuer zu löschen. Die Gendarmerie hat zwei Personen verhaftet, die der Tat dringend verdächtig sind.

Gewehre auf Reisen. In der Gegend von Zara, an der dalmatinischen Küste, ist die Polizei einem Waffen- und Munitionsmuggel auf die Spur gekommen. Im Verlaufe von Hausdurchsuchungen wurden vier Personen verhaftet. Das Schmuggelgut wurde sichergestellt.

Vom Rundfunk. Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 17.20: Musik für die Jugend. 18.25: Deutsche Sendung. Landwirtschaft. 19.25: „Erwaden“. Schachspiel von Bräthlich. — Bräun: 16: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung. — Berlin: 9: Unterhaltungsmusik. — Rühlrad: 17: Schillerkonzert. — Hamburg: 20.40: Tchaikowsky-Abend. — Königsberg: 20: Die Mädchenballade. — Langenberg: 20.40: Volksmusik. — München: 20.20: „Urwald“, Hörspiel. 21.30: Kammermusik. — Wien: 20: Vollständiges Konzert. 22.45: Langmusik.

Dr. Bg.

# Trauerzug in der Nacht...

## Eine Erinnerung an Eberts Begräbnis.

Von Ferdinand Künzelmann (Freiburg).

Zwischen dem Grafen Apponyi und Ebert, dem ersten deutschen Reichspräsidenten, sind gewiß nicht viele Berührungspunkte, außer dem ihnen beiden gemeinsamen Glauben diesseits, stets das Beste für Nation und Staat getan zu haben, aber die erschütternden Berichte der Zeitungen über die Heimkehr des großen ungarischen Toten und seine letzte Fahrt durch das nördliche Ungarn erinnern mich wunderbar an Bilder und Eindrücke, die man bei Eberts letzter Fahrt und Reise durch das nördliche Deutschland erleben konnte — Ebert, der in Berlin gestorben war, wurde seinem letzten Wunsch entsprechend zur Beisetzung nach Heidelberg überführt, wo er heute versepfen, verankert auf einem schönen Friedhof seinen letzten Schlaf schlößt.

Es hat sich in meinem Leben oft ergeben, daß ich ohne Selbst eigentlich etwas bedauern zu tun, großen Menschen, großen und bemerkenswerten Ereignissen nahe sein konnte — durch eine solche freundliche Fügung habe ich auch den Zug an mir vorüberfahren sehen, der Eberts Sterbliche nach Heidelberg brachte.

Es war irgendwo in Norddeutschland, auf dem Bahnhof eines kleinen Städtchens, von dem ich nicht einmal mehr den Namen weiß. Mit einem guten Bekannten war ich in Berlin gewesen, als Ebert so plötzlich nicht nur von seiner Krankheit, sondern auch an den Folgen der endlosen Aufregungen gestorben war. Die jene milde und schmerzliche Kampagne, in der die Märchen von seinen Schloßstein und Gütern eine große Rolle spielten. Dergl. im Reich schon wieder Flug vertriebenen Osmarfensthal, hat es sich gezeigt, daß jene Männer und Mächte, die nicht müde wurden, den so wertvollen Ebert mit Schmutz zu bewerfen, selbst allen Grund gehabt hätten, vor ihren „Anschuldigungen“ — niemals ist man in Deutschland verlegen, für eine fragwürdige Sache ein prächtig klingendes Wort zu finden — sehr dicke Schleiern zu hängen.

Als Ebert war gestorben, und die Nachricht von seinem Tode erreichte uns, als wir gerade irgendwo auf dem Lande im weiteren Räume von Magdeburg angekommen waren.

Im Hause, in dem wir zu Gast waren, war man keineswegs sozialdemokratisch eingestellt, aber die Nachricht vom Tode Eberts machte auf alle einen tiefen Eindruck; ganz allgemein äherteten die Fragen und sympathischen Menschen dieses kleinen Kreises die Befürchtung, daß dieser frühe und unerwartete Tod Eberts politisch von großer Wichtigkeit und Bedeutung, daß er ein Markstein in der Geschichte der jungen Republik sein würde. Wir waren, als wir erfuhren, daß die Leiche des toten Präsidenten nach Heidelberg gebracht werden würde, sofort entschlossen, zum Bahnhof des benachbarten Städtchens zu fahren, um dort den Zug vorüberfahren zu sehen.

Wenig später erfuhren wir, daß dieser Zug kurz vor Witternachts die kleine Station durchfahren würde, auch hatten wir schon gehört, daß die politischen Parteien der Linken beschlossen hatten, mit ihren Vereinen und Fahnen zum Bahnhof zu ziehen, um dem toten Präsidenten die letzte Ehre zu erweisen. Wir hatten also die ganz unerwartete Gelegenheit, in einem sehr ersten Augenblick einer bedeutungsvollen Kundgebung beizumohnen, was für uns, die wir nach kurzem Aufenthalt in Mainz nach Paris zurückkehren wollten, von einiger Bedeutung war: vom Standpunkte einer unabhängigen Beobachtung war es gewiß außerordentlich, die Trauerkundgebung der Bevölkerung in einer kleinen Stadt, in ländlicher Gegend zu sehen, wo der Sozialismus sicher noch nicht lange verankert war, als den Trauerfeierlichkeiten in der Hauptstadt beizumohnen, wo die Verantwortlichen Augen der ganzen Welt auf den Verlauf der Feierlichkeiten gerichtet waren.

Als wir, etwa eine halbe Stunde vor dem Fahrplanmäßigen Eintreffen des Schnellzuges, der auf dieser kleinen Station natürlich nicht hielt, auf dem Bahnhof ankamen, war der ganze Bahnhof, nicht nur vor dem Hauptgebäude, sondern von Menschen: sie verlor sich nach beiden Seiten hin weit in Dämmerung und Dunkelheit. Die Laternen waren angezündet und brannten hinter schwarzen Jähren, Fahnen — damals waren es wirklich noch die Fahnen der Republik — waren halbmast aufgezogen und hingen still und leuchtend in der kühlen, märchenhaften Nacht. Die Menschen standen still, schweigend, in tieflich wahrer Trauer und Ergriffenheit. Man hätte nur leise, gedämpfte Gespräche, und wenn man ein paar Reigen dieser Unerschrockenen auffing, hörte man auch, daß alle voll von Schmerz und für die Zukunft besorgt waren. Der Zug hatte eine

ziemlich große Verspätung, man mußte lange warten, aber die schwarze Mauer der Menschen stand geduldig, fast schweigend da und spähte und horchte in die Ferne. Ich werde nie vergessen, daß unsere Nachbarn, eine noch junge Frau mit einem hübschen, aber verlogenen Gesicht, mich plötzlich fragte, ob ich glaube, daß man bald wieder Krieg wäre. Sie erzählte uns dann, daß ihr Mann Schöfer auf einem großen Gut in der Nachbarschaft wäre, daß der Gutsherr seinen Leuten nicht erlaubt hätte, zum Bahnhof zu gehen, um den toten Präsidenten zu grüßen: die Männer hätten natürlich gehorcht müssen, aber sie hätte sich einfach nicht zu Hause halten lassen. Immer wieder stellte sie Fragen nach der Zukunft und wollte unsere Gedanken über Krieg und Frieden wissen. Sie erzählte uns auch — wir hatten sie an ihrer Sprache bald als Rheinländerin erkannt — daß sie zwischen Eupen und Wallmeo zu Hause war. Gott mochte wissen, welches Schicksal sie noch Ostpreußen verschlagen hätte. Sie sah kein und zerbrach aus, so, als wäre ihr nicht an der Wiege gesungen, einmal Frau eines Schäfers zu werden.

Warten in diesem Gedräng, in dem wir uns große Mühe gaben, sie zu beruhigen, rüderte sich der lange Zug, dem ein Salonwagen und der Wagen mit dem Sarge des toten Präsidenten angehängt waren. In dem Salonwagen waren alle Fenster erleuchtet, man sah ein paar Gestalten — jemand in anderer Nähe wollte an einem Fenster vorbeigehen, aus dem Leichenwagen, dessen Tür ein wenig geöffnet war, drang ein milde Lichtschein, man hatte, wie in einer Vision, ein Meer von Blumen und Kränzen gesehen. Alles hatte nur ein paar Augenblicke gedauert: Ich war der Zug an der schweigenden, erhellten Mauer der Menschen vorbeigefahren, schon war er wieder in der Nacht verschwunden. Schon wurde das Rollen seiner Räder schwach und schwächer. Die Fahnen der ausgetretenen Vereine hatten sich gelockert, die Männer hatten ihre Hüte, ihre Mützen abgenommen, zu einem letzten, stummen Gruß: das war alles gewesen. Keine Musik, kein Gesang hatte dem Märschen, das alle befehl, der Trauer, die alle vereinte, Ausdruck gegeben.

Wir haben dem Zug eine Weile nach und gingen unter den andern, gingen mit ihnen, manchmal „Zweige“, manchmal in kurzen Gesprächen, die voll von Tränen und Irrsinn über das Schicksal der Republik waren, in die weit vom Bahnhof entfernte Stadt, wo unser Auto in einem Hotel unterstellt war. Wir hatten den Eindruck, daß bei diesen ländlichen Leuten, die nicht etwa Fabrikarbeiter waren, die Trauer um Ebert und das Befremden der Republik sehr waren. In diesem Glauben lag irgendwie eine Vorbereitung für die Entwidlung der Zukunft, das nahmen wir an, das glaubten wir da mit den Fieber ließen nur zu groß.

In der Stadt, in unserem Hotel hatten wir dann freilich ein ganz anderes Bild. Im Restaurant ging es hoch her, alle Tische waren besetzt, man lachte, man lachte, man sang „patriotische“ Lieder, man trank, man trank sehr tüchtig, man sang, auch schon, man war in der allerbesten Stimmung. Die „ersten“ Kreise der Stadt waren hier bekommen, und die Herrschaften von den umliegenden Gütern hatten sich auch fast vollständig eingefunden, wenigstens die Herren, sie traten lauter und selbstbewußter als die jungen Leuten aus der Stadt, die sie sonst recht über die Köpfe erhoben, sie trübten Regimentsberatern und Kriegsgeschichten auf, sie schwammen in Patriotismus und Begeisterung. Die Wogen patriotischer Erregung und Stimmung gingen hoch.

Tos war also nach dem Volle die Stimmung der lebenden Kreise: interessant. Wir fanden doch die nächste Fahrt zu Eberts Leichenwagen sehr gelohnt. Diesen Jubel über seinen Tod hatten die Berichterstatter der Weltpresse in Berlin gewiß nicht zu leben bekommen, denn damals nahm man so noch ein wenig Rücksicht, man wog sich, man machte es auch schwerer fallen, zu weiser Mäßigkeit: erst die letzten Ereignisse haben allen die Kräfte gelöst, und alle, die viele Jahre von Verstandigung abgelebt haben, haben jetzt den Mut, endlich laut zu sagen, was sie immer dachten.

Tamals lagten das nur Betrunkene oder solche die schon genug getrunken hatten, lustige Leute die unsere Gutsherrn und uns, als wir in den frühlichen Saal eintraten, mit Gelächern begrüßten, und an ihren Tisch hielten und uns lobend bekamen. „Gute Nacht begrüßt man die Republik, und das muß gefeiert werden!“

Es hat sich leider gezeigt, daß die Schreier noch gekommen haben, und daß man mit Ebert die Republik und vielleicht auch den Frieden begraben hat.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Gewerkschaftlicher Verrat der Kommunisten.

Die Lohnbewegung der Steinarbeiter im Reichswaldauer Gebiet von den Kommunisten an die Steinindustriellen schände verraten.

In der Einheitskonferenz der Steinarbeiter am 18. Dezember 1932 in Freiwaldau wurde einstimmig beschlossen, also auch mit den Stimmen der Kommunisten, beschließen, der 15- bis 20%igen Lohnabbauforderung der Steinindustriellen eine 15%ige Lohnabbauforderung entgegenzusetzen, weil eine Lohnherhöhung für die Steinarbeiter beabsichtigt, ein Lohnabbau aber völlig unredlich ist. Wäre nun dieser Beschluß auch von den kommunistischen Kreisen durchgeführt worden wäre ein Lohnabbau unmöglich gewesen. Aber

bei den Lohnverhandlungen mit den Steinindustriellen liegen die kommunistischen „Arbeiterführer“ die Lohnforderungen fallen, sprachen von dieser wichtigsten Einheitsforderung überhaupt nicht und beschränkten sich bloß auf einen schmalen Protest gegen den Lohnabbau. Nur unsere Vertrauensmänner vertraten mutig die Lohnforderungen der Steinarbeiter, konnten aber gegen den bereits begangenen kommunistischen Verrat nicht mehr aufkommen. Die Steinindustriellen wußten nun, daß die „revolutionären“ Kommunisten für den Lohnabbau sind. Sofort gab die Unternehmerbefriedigt die Erklärung ab, daß sie selbstverständlich ihre Lohnabbauforderung aufrecht halten. Daran steht klar und deutlich hervor, in welchem Interesse die kommunistischen Führer gebandelt haben. Durch ihre Untreue zwangen die kommunistischen Führer auch die anderen Unterhändler auf die Lohnabbauforderungen zu verzichten. Als die Unternehmer bei den beiden Verhandlungen

Englischer Kommunistenführer in Schweden verhaftet. Der Sekretär der englischen kommunistischen Partei, James Andrew Jenkins, wurde, dem „Evening Standard“ zufolge, in Stockholm festgenommen, als er die Stadt verlassen wollte. Er trug dabei belastende Dokumente bei sich, die die Polizei ihm gegebenenfalls aus Schweden anschieben wird.

Ein Burgschauspieler unter schweizerischer Verhaftung. Der Burgschauspieler Alfred Lohner, ein Schweizer, wurde gestern dem Landesgericht in Wien wegen Verdachtes des Verbrechens der Schändung überstellt. Er wurde durch die Ausfagen von fünf Mädchen, die ihn unzüchtliche Handlungen beschuldigen, schwer bestraft. Das Burgtheater hat den bekannten Schauspieler vom Dienst suspendiert.

Ein Segelflugversuch über die Alpen. Willy Janner, der bekannte Segelflieger, hat Montag den Versuch unternommen, im Segelflug von Zürich aus über die Alpen zu fliegen, weil in einer Höhe von 6000 Fuß, die er durchfliegen wollte, gefährliche Luftströmungen den Flug verhindern.

Ein Todesurteil. Das Gericht zum Schutze des Staates verurteilte in Belgrad das Mitglied der bulgarischen terroristischen Organisation, Randschelowitsch, zum Tode. Randschelowitsch legte bekanntlich am 21. September 1932 in den Personenzug Belgrad-Risch ein Paket mit zwei Bomben. Da die Polizei noch am Rischer Bahnhof die Bomben entdecken konnte, wurde ein Unglück verhütet und kurz darauf der Attentäter verhaftet.

Kosten von Krieg und Frieden. Im Friedensjahrbuch 1933 („Peace Year Book 1933“) sind interessante zahlenmäßige Vergleiche der Kosten für Krieg und Frieden angeführt, denen wir zwei Beispiele entnehmen: Kriegskosten: Die Gesamtkosten des Weltkrieges betragen ungefähr 70 Milliarden Pfund Sterling. An Kosten für die Organisation des Friedens (Völkerbund) wurden, verteilt auf 50 Staaten, d. h. vier Fünftel der Welt, 11.079.000 Pf. St. aufgewendet. Berechnet auf die Dauer seiner Teilnahme am Weltkrieg gab England pro Tag 7.000.000 Pf. St. für Kriegszwecke aus, dafür trug England zur Verwirklichung des Völkerbundes von dessen Beginn bis Ende 1932 mit 1.262.000 Pfund Sterling bei!

Ho-Ho als Vermittler der Friedensidee. Die internationale Liga der Friedenskomplexer sich anlässlich der Weihnachtsfeier eine große Anzahl Ho-Ho gefertigten. Das Spielzeug trug auf der einen Seite die deutsche, auf der anderen Seite die französische Aufschrift: „Kinder aller Länder, liebt einander und spielt nie wieder Krieg!“ Ein großer Teil dieses Spielzeuges wurde nach Deutschland geschickt und an Kinder Arbeitslosen verteilt.

Der Prozeß gegen die vier Regier eingestellt. Das Verfahren gegen die mutmaßlichen Attentäter auf Frau Ruffie, die Gattin des deutschnazistischen Ministers, wurde wegen Ermordung des Eingeborenen Kahahawai überführt Amerikaner, die später begnadigt wurden, wurde nun über Antrag des Staatsanwaltes von Honolulu eingestellt. Der Staatsanwalt hat einen Bericht veröffentlicht, in dem angegeben wird, daß es durch die Untersuchung festgestellt sei, die Angaben der Frau Ruffie betreffend die Identität der fünf Eingeborenen zu beglaubigen. Diese fünf Eingeborenen waren bekanntlich wegen des Angriffes auf die Deutschnazistin angeklagt. Unter ihnen befand sich auch der Eingeborene Kahahawai, der später ermordet wurde.

Schredensat. Auf der Wohlhabendsten des Berliner Bezirksantes Friedrichshain überfiel am Montag mittig ein Arbeitsloser seine Frau und deren hochschwanger Tochter. Er ließ beide mit dem Messer nieder. Mutter und Tochter wurden an Rücken, Brust und Händen schwer verletzt. Nach der Tat eilte der Attentäter auf den Hof des Hauses und stieß sich das Messer viermal in die Brust. Alle drei wurden ins Krankenhaus Friedrichshain überführt. Die Motive des Verfalls sind noch nicht geklärt.

Mord im Jug. In der Nähe von Perugia, an der Schneefestung Rom-Florenz, wurde der Leichnam einer aus Deutschland stammenden Frau aufgefunden. Allem Anschein nach liegt Mord vor.

Die Schnupfenfesten. Die Universität in Kalifornien machte kürzlich ein solches Geschäft. Mit festem Vertrag engagierte sie drei Männer, die sich zu Experimenten mit Erfahrungen hergeben sollten. Die Leute wurden in Kammern mit genau regulierter Temperatur gesperrt und abwechselnd großer Wärme und Kälte ausgesetzt. Darauf sperrte man zu ihnen einen Patienten mit starkem Schnupfen, der sie anstecken sollte, aber auch das half nicht, die drei blieben gesund. Während sich die Ärzte der Universität den Kopf zerbrechen, wie sie ihre menschlichen Versuchsubjekte anstecken könnten, lassen sie sich die drei auf Kosten der Universitätsklinik gut gehen.

Ein Erregter Intendant des Berliner Staatstheaters. Von berichtet uns aus Weipert. Der zum Intendanten der Berliner Staatstheater ernannte bisherige Generallintendant des Nationaltheaters in Weimar, Dr. Franz Ulrich, kam aus dem mit Weipert zusammenhängenden Kreis um den Vater des Reichspräsidenten, Dr. Ulrich, was mehrere Jahre Intendant des Hof- und Landestheaters in Weimern und bei der Regie der Herforder Oper geleitet.

am 4. Feder I. J. hörten, daß die Lohnforderungen der Arbeiter durch den kommunistischen Verrat zurückgezogen werden müßten, erklärten sie, daß auch sie ihre Lohnabbauforderungen um 5 Prozent herabsetzen, also von 15 bis 20 Prozent auf 10 bis 15 Prozent erniedrigen. Hätten also die kommunistischen Führer die Einheitsforderung auf die 15%ige Lohnherhöhung verfochten, wie wir es taten, wäre bestimmt jeder Lohnabbau abgewehrt worden. Die Steinarbeiter werden aber von den kommunistischen Führern noch verhöhnt und gefordert, indem diese in einem Flugblatt die 15%ige Lohnherhöhung (die die kommunistischen Arbeiterdelegierten in der Einheitskonferenz selber mitbeschlossen haben) für eine radikale Forderung erklärten. Die Unternehmer können ihre Freude an solchen kommunistischen Führern lassen.

## Gerichtssaal

### Wo noch Tausender fliegen

#### Das Ende einer Kartenpartie.

Freitag, 14. Feder. Man sollte nicht denken, daß in der Zeit der furchtbaren Not leben, wenn man hat, wie leicht gewissen Leuten die Dunstkerter und Tausender aus der Tasche fliegen.

In dem berühmten „Hotel Hamburg“ in Karolinenthal habe ich am 30. Oktober u. J. nach dem Mittagessen eine geliebte Kartenpartie zusammengekehrt. Staatserhaltende Agrarier, die in Fragen ein Geschick gemacht hatten, Hochhändler und Individuen, von denen man nicht weiß, wo sie eigentlich leben. Man spielte „Russisch“, ein Halardspiel, bei dem es darauf ankommt, unter drei verdeckten Karten das grüne Kitz zu erraten. Als ich sah, daß der Grundbesitzer Franz Popplil dem Spiel zu und der Spieler, dem er folgte, war ein gewisser Tommas Daniel, 43 Jahre alt und derzeit Pferdehändler. Er gewann beträchtlich und schon dem zehenden Franz Popplil von seinem Gewinn zweimal je hundert Kronen mit nachlässiger Geiz zu Gewissensbissen als Glücklocher. Allerdings befiel der Verdacht, daß damit mit die Spielkunst des Zuschauers geweckt werden sollte, was denn auch gelang.

Popplil eröffnete sein Spiel mit einem Einsatz von 600 K und da er keine kleineren Karten hatte, legte er einen Tausender in die Pant. Im Handumdrehen war der Tausender verpielt und noch 200 K dazu. Der Grundbesitzer Popplil begann sich nicht zu freuen, er verlor 1200 K, die der Bankier schon gelassen hatte, weitere 1200 K. Raum war das verhältnismäßig „Happy die Bank!“ riefungen, er erbot sich ein gewisser Paderboles zur Vermehrung von „Hochschulbüchern“ den gesamten Betrag, also 2400 K, zu treuen Händen als Unparteilicher zu übernehmen. Popplil stimmte zu, denn er kannte Paderboles, der gleichfalls Grundbesitzer ist, als „alte ehrliche Haut“. Die ehrliche Haut schloß ihn jedoch schändlich. Denn während Popplil ins Spiel verwickelt war, machte sich Paderboles an dem Geld aus dem Mund.

Als Popplil merkte, daß der „Trennhändler“ angegriffen war, wollte er ihm nachlaufen, aber da verstellte ihm der Herr Tommas Daniel, der ihn gelddert hatte, den Weg und hielt ihn zurück, so daß der Dieb entkommen konnte. Man fing diesen aber doch und er wurde keinerlei wegen Veruntreuung zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt. Heute möchte man dem Herrn Daniel den Prozeß wegen Mitschuld am Verbrechen der Veruntreuung.

Er erwidert, den letzten Körper in einen eleganten Pelz gehüllt. Dieser heutige Pferdehändler und Hausbesitzer hat 35 Poststrafen bis zu 18 Monaten Kerker. Er erklärte, er habe solche Sachen jetzt — Gott sei Dank — nicht mehr nötig. Er habe kein Geschäft und kein Haus und im übrigen genug Geld. Er bekam zwei Monate Kerker, leider nicht, wie der Staatsanwalt beantragt hatte, auf Zwangsarbeit. rb

## Den Kameraden erschaffen

### Tragisches Ende eines Ehreges.

Freitag, 14. Feder. In den Abendstunden des 27. Dezember u. J. kam der Deger Anton Marcellan, vom Dienst heimkehrend, in das Gasthaus in Byklopa bei Schwarzfalkenberg, wo eine Gesellschaft guter Bekannter in der Küche beisammensatz und sich unterhielt. Es waren durchwegs persönlich und politisch befreundete Kameraden. Der Deger nahm im Ehrges das Gewehr von der Schulter und legte auf den Wenzel Kandelaf an, der sein besonderer Freund war. Dabei rief er ihm in überhasteter Drohung zu: „Mit es wahr, daß du zu den Agrariern übergehen willst? Ich erlaube dich!“

Alles lachte, auch Simelef selbst, der sich keineswegs mit solchen Absichten trug. Ein anderer Mitglied der Gesellschaft erbot sich noch unter allgemeiner Beifall, die Erziehung selbst zu übernehmen. In diesem Augenblick trachte aber auch schon ein Schuß und Kandelaf stürzte tot zu Boden. Die Schrotladung hatte ihm den Brustkorb zerlegt. Der Deger hatte verzögert, die Patrone aus dem Laderaum zu ziehen, wie er sonst zu tun pflegte, wenn der Dienstweg beendet war, und obgedacht, in der festen Meinung, die Kinde sei nicht geladen. In größter Verwirrung über das angerichtete Unheil, stellte er sich sogleich der Genbarmerie.

Die Untersuchung ergab mit vollster Gewissheit, daß dem unglücklichen Schützen jede feindselige Absicht gegen den Getöteten ferngelassen habe und so wurde er wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Ober-Sitta als Einziger Richter verurteilte ihn bei der heutigen Verhandlung in zwei Monaten strengen Kerker, bedingt auf zwei Jahre. rb

